

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXXIV. Jahrgang, Nr. 7

Juli 1961

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Tiefster Stand der Arbeitslosigkeit seit 1945 — Langsameres Wachsen der Industrieproduktion — Rekordernte an Getreide — Lebhafter Ausländer-Fremdenverkehr — Notwendigkeit preisstabilisierender Maßnahmen

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Landwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Einzelhandelsumsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel*

**Kurzberichte:** Strukturänderungen der internationalen Erdölwirtschaft

**Statistische Übersichten:** Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Tiefster Stand der Arbeitslosigkeit seit 1945 — Langsameres Wachsen der Industrieproduktion — Rekordernte an Getreide — Lebhafter Ausländer-Fremdenverkehr — Notwendigkeit preisstabilisierender Maßnahmen**

Die konjunkturellen Spannungen in der österreichischen Wirtschaft haben sich gegen Jahresmitte verschärft. Die Arbeitskraftreserven sind so gut wie ausgeschöpft. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden sank bis Mitte 1961 auf 37.800, den bisher niedrigsten Stand seit Bestehen der Republik. Auf einen voll vermittlungsfähigen Arbeit-suchenden kamen im Durchschnitt drei offene Stellen. Die Produktionskapazitäten vor allem in den Investitionsgüterindustrien sind nach wie vor überlastet und reichen nicht aus, die anhaltend hohe Nachfrage zu befriedigen. Schwächeerscheinungen in einzelnen Branchen, die teils auf das Nachlassen von Vorratskäufen und teils auf geringere Auslandsbestellungen zurückgehen, fallen vorerst nicht ins Gewicht. Die Knappheit an Arbeitskräften und teilweise auch an Kapazitäten dämpft das wirtschaftliche Wachstum. Die Handelsbilanz hat sich dank dem hohen Angebot an heimischen landwirtschaftlichen Produkten etwas gebessert. Da auch der Fremdenverkehr bemerkenswert lebhaft ist, wurde die Zahlungsbilanz schon vor der Hauptreisesaison aktiv.

Zunehmende Sorge bereitet der kräftige Auftrieb von Preisen und Löhnen. Der Verbraucherpreisindex war Mitte Juni um 3,7% höher als im Vorjahr, obwohl Saisonprodukte zum Teil noch immer etwas billiger waren und die jüngsten Verteuerungen wichtiger Nahrungsmittel und Dienstleistungen (Milch, Milchprodukte, Gebäck und Backwaren, Friseure) noch nicht berücksichtigt wurden<sup>1)</sup>. In den kommenden Monaten wird die Rate der Preissteigerungen voraussichtlich 4% übersteigen. Unter diesen Umständen könnte sich die schon bisher ziemlich kräftige Lohnbewegung — die Verdienste der Industriearbeiter waren in den letzten Monaten um 8% bis 9% höher als im Vorjahr — weiter verstärken und dem Preisauftrieb neue Nahrung geben, wenn die Wirtschaftspolitik nicht unverzüglich wirksame geldwertstabilisierende Maßnahmen ergreift. Die Paritätische Preis-Lohn-Kommission hat zunächst ein Expertenkomitee einge-

<sup>1)</sup> Um die Preissteigerungen wieder rückgängig zu machen, hat die Paritätische Preis-Lohn-Kommission am 14. Juli Richtpreise für Milchprodukte festgelegt. Sie entsprechen den amtlich geregelten Preisen vor Aufhebung der Preisregelung.

setzt, das geeignete Vorschläge unterbreiten soll. In der gegenwärtigen kritischen Situation kann die Konjunkturpolitik mit „psychologischen“ Mitteln allein nicht mehr das Auslangen finden. Mahnungen und Appelle an die Sozialpartner, Disziplin zu halten und „ungerechtfertigte“ Preis- und Lohnsteigerungen zu vermeiden, werden — selbst wenn man sie mit wirtschaftspolitischen Sanktionen verknüpft — nur wenig helfen, so lange es nicht gelingt, die tieferen Ursachen des Preis-Lohn-Auftriebes, das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf den Märkten für Güter und Arbeitskräfte, zu beseitigen.

In diesem Zusammenhang ist an verschiedenes zu denken. Die Notenbank hat in den letzten Monaten zunehmend Kontakt mit dem Geldmarkt gewonnen und verfügte Mitte 1961 bereits über 22 Mrd. S Lombardforderungen, Handelswechsel und Schatzscheine. Eine vorsichtige *Refinanzierungspolitik* der Notenbank könnte die Kreditunternehmungen veranlassen, mit neuen Krediten zurückzuhalten und den saisonbedingten Zufluß von Notenbankgeld in den Sommermonaten zur Verbesserung ihrer knappen Liquidität zu verwenden. Eine Entlastung der Notenbank wäre nicht zuletzt deshalb erwünscht, weil gegen Jahresende erfahrungsgemäß neue Ansprüche an sie gestellt werden und die bevorstehende Freigabe größerer Counterpartmittel ohnehin den Geldumlauf vermehren wird. Der Rediskontpolitik der Notenbank sind allerdings insofern Grenzen gesetzt, als die Kreditunternehmungen über größere Bestände an Handelswechsel verfügen, die mit einer Refinanzierungszusage ausgestattet sind, und die Währungspolitik auf die Finanzierungsschwierigkeiten des Bundes Bedacht nehmen muß.

Eine besondere Verantwortung trägt ferner die *Budgetpolitik*. Dank den Konsolidierungsmaßnahmen des Finanzministers wird das Defizit 1961 voraussichtlich auf den im ordentlichen Haushalt für Schuldentilgungen vorgesehenen Betrag gesenkt werden können, das Budget also volkswirtschaftlich gesehen annähernd neutral wirken. Es ist für die künftige Entwicklung von Preisen und Löhnen von entscheidender Bedeutung, daß dieser Erfolg nicht durch übermäßige Anforderungen an den Staatshaushalt gefährdet wird. Wenn auch die konjunkturpolitische Forderung nach einem größeren Budgetüberschuß infolge unvermeidlicher Mehrausgaben für verschiedene Zwecke kaum verwirklicht werden kann, so sollte für 1962 zumindest ein volkswirtschaftlich ausgeglichenes Budget erstellt werden.

Vor allem aber wäre eine größere Freizügigkeit im internationalen Austausch von Waren und Leistungen zu erwägen. Eine fühlbare *konjunkturpolitische Zollsenkung* (einheitlich um etwa 20%) hätte nicht nur den Vorteil, daß sie sehr rasch und auf breiter Front wirksam wäre, sie würde es auch der österreichischen Wirtschaft ermöglichen, sich auf die schärferen Konkurrenzverhältnisse in einem integrierten Europamarkt umzustellen, solange die Konjunktur noch gut ist, die Ertragslage den Unternehmungen größere Rationalisierungsinvestitionen gestattet und Umschichtungen zwischen verschiedenen Betrieben und Branchen verhältnismäßig leicht möglich sind.

Auf dem *Arbeitsmarkt* haben sich die Spannungen gegen Jahresmitte saisonbedingt verschärft. Da es praktisch keine voll einsatzfähigen Arbeitslosen mehr gibt und neue Kräfte nur in geringer Zahl dem Arbeitsmarkt zuströmen, nahm die Zahl der Beschäftigten nur wenig zu. Wirtschaft und Verwaltung stellten im Juni 6.300 Arbeitskräfte zusätzlich ein, etwa halb soviel wie im Juni 1960. Verglichen mit dem Vorjahr gab es um 26.900 (1,2%) unselbständig Beschäftigte mehr, gegen 65.400 (2,9%) Ende März 1961. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden sank im Juni um 5.600 (im Vorjahr um 8.600) auf 37.800 und erreichte damit den tiefsten Stand seit 1945. Mitte 1960 hatte es 48.000 und Mitte 1959 noch 65.100 Arbeitssuchende gegeben. Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug 1,6% (im Vorjahr 2,1%). Die Zahl der offenen Stellen zeigt weiter eine steigende Tendenz. Ende Juni boten die Arbeitsämter 51.300 offene Stellen an, um 10.300 (25,1%) mehr als im Vorjahr. Auf je 100 offene Stellen entfielen nur 74 vorgemerkte und 36 voll vermittlungsfähige Arbeitsuchende.

Unter dem Einfluß des Arbeitskräftemangels gleichen sich die strukturellen Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt allmählich aus. So ist die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden seit dem Vorjahr um 8.500, die der männlichen Arbeitsuchenden dagegen, die bereits im Vorjahr einen sehr tiefen Stand erreicht hatte, nur um 1.700 gesunken. Mitte 1960 war die Frauenarbeitslosigkeit fast doppelt so hoch wie die Männerarbeitslosigkeit, Mitte 1961 aber nur noch um 59% höher. Auch die regionalen Unterschiede sind geringer geworden. In den östlichen Bundesländern, wo die Arbeitslosenrate bisher aus strukturellen Gründen höher war als in den westlichen, nahm die Zahl der Arbeitsuchenden binnen Jahresfrist um 6.000 oder 23% ab, in den westlichen Bundesländern um 4.200 oder 19%.

Die *Industrieproduktion* je Arbeitstag stieg von April auf Mai um 4%, etwas stärker, als saisongemäß zu erwarten war. Verglichen mit Mai 1960 wurde um 6 5% mehr produziert. Der Produktionsaufschwung stößt vor allem in den Investitionsgüterindustrien an reale Grenzen, die bisher am stärksten expandiert hatten. Die Produktion dauerhafter Güter war im IV. Quartal und im I. Quartal um 8% und 9%, im Durchschnitt der Monate April und Mai aber nur um 6% höher als im Vorjahr. Die Produktion nichtdauerhafter Güter dagegen nimmt noch ziemlich stetig zu und erreichte in den letzten Monaten ähnlich hohe Zuwachsraten wie die dauerhafter Güter. Die Hausse auf den Eisen- und Stahlmärkten läßt nach In- und ausländische Kunden bestellten seit Frühjahrsbeginn weniger Walzwaren. Da die Produktion weiter auf vollen Touren lief, wurden die Auftragsbestände kleiner und die Lieferfristen kürzer. Anfang Juni waren die Auftragsbestände von Inlandskunden um 8% und die von Auslandskunden um 22% niedriger als im Vorjahr. Nach den Tendenzmeldungen der Unternehmer im Konjunkturtest des Institutes dürfte die Zuwachsrate der Industrieproduktion im Juni etwa gleich hoch gewesen sein wie im Mai, wobei die Konsumgüterindustrien im allgemeinen etwas besser abschnitten als die Investitionsgüterindustrien.

Die *Landwirtschaft* erwartet heuer wieder eine gute Ernte, obwohl es von Mitte Juni bis Anfang Juli ungewöhnlich heiß und trocken war. Nach den ersten Vorausschätzungen dürfte sogar etwas mehr Getreide geerntet werden als im Rekordjahr 1960. Die Erträge an Hackfrüchten, Wein und Obst hängen von der Witterung in den nächsten Wochen ab. Der Obstbehang ist teilweise überdurchschnittlich gut. Die wieder reichliche Getreideernte läßt das Problem der Weizenüberschüsse akut werden. Schon 1960 waren 90.000 t Füllweizen mehr erzeugt worden, als im Inland verbraucht wurde. Der Überschuß wurde teils denaturiert und verfüttert, teils zu wenig vorteilhaften Bedingungen exportiert. Um das Angebot an Füllweizen zu verringern und die Landwirte anzuspornen, mehr Qualitätsweizen zu erzeugen, der bisher größtenteils importiert werden mußte, hat das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft den Preis für Füllweizen gesenkt und den für Qualitätsweizen erhöht. Für Qualitätsweizen wird künftig (einschließlich aller Zuschläge) je nach Güte 267 bis 280 S je q gezahlt werden, für gewöhnlichen Weizen durchschnittlich 247 S je q. Die Preisdifferenzierung wird über eine Preisausgleichskasse durchgeführt und belastet weder die

Verbraucher noch das Budget (die staatlichen Preisstützungen bleiben mit 55 S je q unverändert).

Tierische Produkte wurden im Mai besonders reichlich angeboten. Die Landwirte brachten 150.000 t *Milch* auf den Markt, um 7% mehr als im Vorjahr. Die Marktproduktion blieb vorläufigen Meldungen zufolge auch im Juni bemerkenswert hoch und ging erst im Juli stärker zurück, als Grünfutter knapp wurde. Die Marktleistung an Fleisch (Schlachtungen und Ausfuhr an Schlachtvieh) war mit 31.000 t um 15% höher als im Vorjahr. Schweinefleisch wurde um 20% und Rind- sowie Kalbfleisch um je 8% mehr erzeugt. Um den Preisdruck auf den heimischen Märkten zu mildern, wurde ein Teil des Angebotes für den Sommer gelagert und mehr Schlachtvieh exportiert. In den Monaten Juni bis August dürften nach den Prognosen des Institutes 530.000 bis 550.000 Schweine auf den Markt kommen, um 6% bis 10% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die Nachfrage nach *Energie* war im Mai verhältnismäßig gering, da die Verbraucher reichlich mit Vorräten versehen sind. Das gilt insbesondere für Kohle. Der gesamte Kohlenabsatz war im Mai mit 515 000 t um 9% niedriger als im Vorjahr. Inlandskohle wurde um 5% und Auslandskohle um 11% weniger verkauft. Mit Ausnahme der Dampfkraftwerke, die vertraglich bestimmte Kohlenmengen übernehmen müssen, und den Hochöfen, bezogen alle Verbraucher weniger. Die Absatzkrise des heimischen Kohlenbergbaues hat sich dadurch weiter verschärft. Da die bisherigen Produktionseinschränkungen nicht ausreichen, wird gegenwärtig an einem neuen „Kohlenplan“ gearbeitet, der voraussichtlich größere Strukturanpassungen vorsehen wird. Elektrische Energie wurde um 1% (ohne Pumpstrom um 6%) mehr verbraucht als im Vorjahr. Die Flüsse führten nach wie vor überdurchschnittlich viel Wasser, so daß der Verbrauch größtenteils durch Wasserkraftstrom gedeckt und überdies größere Mengen Strom exportiert werden konnten. Der Absatz von Benzin und Dieselöl war um 23% und 6% höher, der von Heizöl dagegen um 9% niedriger als im Vorjahr. Die Erschließung eines neuen Feldes ermöglichte es, mehr Erdgas zu fördern.

Der *Güterverkehr* litt im Mai darunter, daß weniger Massengüter (geringere Einfuhr von Nahrungsmitteln und Kohle, mäßige Holztransporte) befördert wurden. Die Leistungen der Bundesbahnen waren um 3% und die auf Schiffen beförderte Gütermenge um 5% niedriger als im Vorjahr. Die Motorisierungswelle hat zumindest vorübergehend etwas nachgelassen. Im April und Mai wurden

8 073 und 7 372 Personenkraftwagen neu zugelassen, um 18% und 7% weniger als im Vorjahr. Auch die Summe der Neuzulassungen in den ersten fünf Monaten erreichte nicht ganz den Vorjahresstand.

Der *Einzelhandel* verkaufte im Mai um 7% mehr als im April. Im gleichen Zeitraum der Jahre 1956 und 1959, als Ostern und Pfingsten ähnlich lagen wie heuer, hatten die Umsätze im Durchschnitt um 8% zugenommen. Verglichen mit dem Vorjahr wurde wertmäßig um 13% und mengenmäßig um etwa 11% mehr verkauft, gegen 10% (8%) in den Monaten Jänner bis April. Allerdings waren die Umsätze im Mai 1960 verhältnismäßig schwach gewesen. Die Verschiebung der Nachfrage zugunsten kurzlebiger Güter, die sich schon in den Vormonaten angedeutet hatte, setzte sich im Mai fort. Kurzlebige Güter wurden um 14% (real um 13%) und langlebige um 6% (1%) mehr verkauft als im Vorjahr. Besonders gut schnitt aus verschiedenen Gründen (erstmalige Auszahlung einer halben vierzehnten Rente, sprunghafte Zunahme des Ausländer-Fremdenverkehrs, Vorwegnahme von Einkäufen, da der 1. Juni ein Feiertag war) der Lebensmittelhandel ab. Seine Umsätze waren um 17% höher als im Vorjahr, gegen durchschnittlich 8% in den ersten vier Monaten. Auch Tabakwaren wurden in größeren Mengen verkauft. Dagegen waren die Umsätze von Bekleidung und von „sonstigen“ Waren nur um 5% und 3% höher als im Vorjahr. Haushaltsgeräte und Einrichtungsgegenstände wurden um 11% mehr verkauft, die hohe Zuwachsrate der Vormonate (15% im Durchschnitt der Monate Jänner bis April) wurde aber nicht erreicht. Insbesondere Elektrowaren gingen schleppend

Der Außenhandel wächst nur noch verhältnismäßig langsam. Die *Ausfuhr* stieg im Mai saisonbedingt um 62 Mill. S (2 4%) auf 2 643 Mill. S und war um 6% höher als im Mai 1960. Im Durchschnitt der ersten vier Monate hatte die Zuwachsrate 8% betragen. Verglichen mit April wurden hauptsächlich mehr Nahrungsmittel (Überschußgetreide, Schlachtvieh und Molkereiprodukte) exportiert. Ihr Exportwert stieg sprunghaft um 62 Mill. S und erreichte mit 175 Mill. S eine Rekordhöhe. (Im Mai 1960 waren für 118 Mill. S Nahrungsmittel ausgeführt worden.) Die übrige Ausfuhr veränderte sich nur geringfügig. Halbwaren wurden etwas mehr, Rohstoffe und Fertigwaren weniger ausgeführt als im April. Verglichen mit dem Vorjahr war die Ausfuhr von Rohstoffen (einschließlich Energie) um

4% niedriger, die von Halbfabrikaten und Fertigwaren um 2% und 10% höher

Die *Einfuhr* nahm im Mai um 113 Mill. S (3 7%) auf 3 196 Mill. S zu, war aber nur um 2% (im Durchschnitt der Monate Jänner bis April um 12%) höher als im Vorjahr. Der bisherige Höchstwert von März wurde um 16% unterschritten. Die Einfuhr von Nahrungsmitteln sank infolge geringerer Bezüge an Getreide von 325 Mill. S im April auf 297 Mill. S im Mai, den tiefsten Stand seit März 1959; sie war um 37% niedriger als im Vorjahr. Rohstoffe, halbfertige Waren und Fertigwaren wurden in größeren Mengen eingeführt als im April, aber nur um 2%, 8% und 11% mehr als im Vorjahr. In den ersten vier Monaten hatten die Zuwachsraten 7%, 27% und 21% betragen

Der *Einfuhrüberschuß* war im Mai mit 553 Mill. S zum ersten Male seit April 1960 niedriger als im gleichen Vorjahresmonat (Mai 1960: 651 Mill. S). Die Handelsbilanz wurde vor allem durch das reichliche Angebot an heimischen Agrarprodukten entlastet. Der Einfuhrüberschuß an Nahrungs- und Genußmitteln war mit 122 Mill. S um zwei Drittel niedriger als im Vorjahr (354 Mill. S). Gleichzeitig brachte der Fremdenverkehr bemerkenswert hohe Erträge. Die Zahl der Ausländer-Nächtigungen lag im Mai um 42% (im Durchschnitt der ersten vier Monate um 19%) höher als im Vorjahr; die Deviseneinnahmen erreichten brutto 531 Mill. S und netto (nach Abzug der Ausgaben für Auslandsreisen) 379 Mill. S, um 42% und 51% mehr als im Mai 1960. Da auch aus anderen Quellen Devisen eingingen, wuchsen die valutarischen Bestände der Notenbank im Mai um 342 Mill. S und im Juni um weitere 438 Mill. S. Im Vorjahr hatten sie im Mai um 30 Mill. S abgenommen und im Juni um 469 Mill. S zugenommen. Da bisherigen Meldungen zufolge auch die Hauptreisesaison gut angelaufen ist, und der Südtirolkonflikt Italienreisen behindert, sind in den Sommermonaten namhafte Überschüsse in der Devisenbilanz zu erwarten.

Die Kreditexpansion hat im Mai nachgelassen. Das *kommerzielle Kreditvolumen* stieg um 129 Mill. S, gegen 1 131 Mill. S im April und 622 Mill. S im Mai 1960. Die geringe Kreditausweitung erklärt sich vor allem daraus, daß der Bund einen Überbrückungskredit von 490 Mill. S aus den Erlösen der Bundesanleihe zurückzahlte. Ohne die Kreditrückzahlung des Bundes stieg das kommerzielle Kreditvolumen um 616 Mill. S, etwa gleich stark wie im Vorjahr, aber nur halb so stark wie im April. Obwohl die Kreditausweitung nur mäßig war und die aktive Zahlungsbilanz dem heimischen

Geldmarkt zusätzliche Mittel zuführte, mußte sich der Kreditapparat neuerlich 536 Mill. S Notenbankgeld im Wege von Lombardkrediten und durch Eskontierung von Handelswechseln beschaffen. Der Einlagenzuwachs blieb im Mai weiterhin schwach und die Wirtschaft benötigte ungewöhnlich viel zusätzliches Bargeld. Im Juni zahlten die Kreditunternehmungen zwar per Saldo 223 Mill. S Lombardkredite zurück, vergrößerten aber ihr Wechselobligo gegenüber der Notenbank um 209 Mill. S und ließen 100 Mill. S Schatzwechsel eskontieren. Zu Jahresmitte verfügte die Notenbank insgesamt über 2.152 Mill. S Handelswechsel, Schatzwechsel und Lombardforderungen, um 667 Mill. S mehr als zu Jahresbeginn und um 1.335 Mill. S mehr als Mitte 1960. Der saisonübliche Liquiditätszufluß in den Sommermonaten wird es dem Kreditapparat ermöglichen, seine Verschuldung gegenüber der Notenbank zu verringern. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß die Kreditunternehmungen vorsichtig operieren und nicht durch umfangreiche zusätzliche Kredite den Strom der Geldausgaben und damit auch den Bargeldbedarf der Wirtschaft weiter vergrößern.

Der *Preis* auftrieb hat sich in den letzten Wochen verstärkt. Der Index der Großhandelspreise stieg von Mitte Mai bis Mitte Juni um 1,6% auf 904 (1938 = 100) und der Index der Verbraucherpreise (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) um 2,2% auf 108,3 (1958 = 100). Verglichen mit dem Vorjahr waren die Verbraucherpreise Mitte Juni um durchschnittlich 3,7% höher, gegen 2,2% Mitte Mai. Der Abstand gegen das Vorjahr hat sich vor allem deshalb vergrößert, weil die Preise für Saisonprodukte, die bisher sehr billig angeboten wurden, stark angezogen und sich wieder dem Vorjahresniveau näherten. Gemüse war meist teurer als im Vorjahr. Ohne Saisonprodukte betrug

die Verteuerung 3,9% (Mitte Mai 3,8%). Der Mitte Juni erstellte Verbraucherpreisindex berücksichtigt noch nicht die Preissteigerungen verschiedener wichtiger Konsumgüter, die seither eingetreten sind. Ab Juli wurden die amtlich geregelten Preise für Flaschenmilch um 3,8% und für offene Milch um 4,5% erhöht, um Mittel zur Förderung des Milchabsatzes zu gewinnen. Milchprodukte (Schlagobers, Fruchtmilch, Kaffeeobers, Sauerrahm und Joghurt), deren Preise seit Anfang Juli nicht mehr behördlich geregelt sind, wurden in Wien um 5% bis 15% teurer. Auch die Preise für Gebäck und Backwaren sind nach Aufhebung der amtlichen Preisregelung bis zu 10% gestiegen.

Gleichzeitig mit den Preisen entfalten auch die *Löhne* eine kräftige Dynamik. Im Mai wurden unter anderem die Kollektivvertragslöhne in der Holzverarbeitenden Industrie um 8% bis 14% und im Tischlergewerbe um 7% bis 9% erhöht. Im Juni erhielten die Forstarbeiter (9%), die Handelsarbeiter (9% bis 11%) und Anfang Juli die Bauarbeiter (8% bis 10%), die Friseurin Wien (durchschnittlich 16%) und die Bäcker (7% bis 8%) höhere Löhne. In den Lohnverträgen wurde teilweise vereinbart, daß außer den Kollektivvertragslöhnen auch die Effektivverdienste um einen bestimmten Mindestprozentsatz gesteigert werden. Die Grundgehälter der Industrieangestellten wurden in den meisten Zweigen Anfang Juni um 9% bis 13% und die Effektivgehälter um 3% erhöht. Weitere 2% der Bruttogehaltssumme werden für individuelle Gehaltsregelungen bereitgestellt. Die Brutto-Wochenverdienste der Wiener Arbeiter waren im Durchschnitt der Monate April und Mai um 8,8% höher als im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum zahlte die Industrie in ganz Österreich ihren Arbeitern und Angestellten um 7,2% und 8,2% höhere Brutto-Monatsverdienste.

## Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.10

Konjunkturelle und saisonale Einflüsse ließen den *Bargeldbedarf* der Wirtschaft im Mai kräftig steigen. Der Umlauf an Noten und Münzen nahm um 720 Mill. S zu, viel stärker als die gesamte Geldmenge (+425 Mill. S). Die Liquidität des Kreditapparates blieb deshalb weiter angespannt, obwohl ihm die Devisenkäufe der Notenbank flüssige Mittel zuführten und die Kreditschöpfung gering war.

Nach der starken Ausweitung in den Vormonaten stieg das *kommerzielle Kreditvolumen* im Mai nur um 126 Mill. S. Im April hatte die Zunahme 1.131 Mill. S und im vorigen Mai 622 Mill. S betragen. Die Kreditausweitung hielt sich vor allem deshalb in engen Grenzen, weil der Bund den Kredit von 490 Mill. S zuruckzahlte, den er im Dezember 1960 von den Banken aufgenommen hatte. Die Position „Sonstige Schuldner“ in den Monatsausweisen der Banken sank dadurch um 287 Mill. S und ihr gesamtes kommerzielles Kreditvolumen um 200 Mill. S oder 10%.

Auch wenn man die Kreditrückzahlungen des Bundes ausschließt, war die Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens mit 13% nur etwa halb so hoch wie im April. Wahrscheinlich haben die Liquiditatsklemme und der bevorstehende Halbjahresultimo die Kreditunternehmungen veranlaßt, mit neuen Krediten zurückzuhalten. Für eine vorsichtigeren Kreditpolitik spricht auch der Umstand, daß die nicht ausgenutzten Kreditzusagen bei Banken und gewerblichen Kreditgenossenschaften, also gerade bei jenen Instituten, deren Liquidität besonders angespannt ist, im I. Quartal abgenommen haben. Die übrigen Gruppen von Kreditunternehmungen — mit Ausnahme der Landeshypothekenanstalten — haben mehr Kredite eingeräumt, als von den Kreditwerbern tatsächlich ausgenutzt wurden.

Nach der *vierteljährlichen Kreditstatistik* der Nationalbank stiegen im I. Quartal am stärksten (um 136%) die Kredite an den Fremdenverkehr. Insbesondere die Sparkassen, auf die etwa ein Drittel aller Fremdenverkehrskredite entfallen, scheinen sich um die Fremdenverkehrswirtschaft sehr zu bemuhlen. Die Kredite an Gewerbe (+85%), Verkehr (+77%) und Handel (+72%) wuchsen ebenfalls überdurchschnittlich. Dagegen stiegen die Kredite an die Industrie nur um 44%, die an öffentliche Körperschaften gingen sogar um 72%

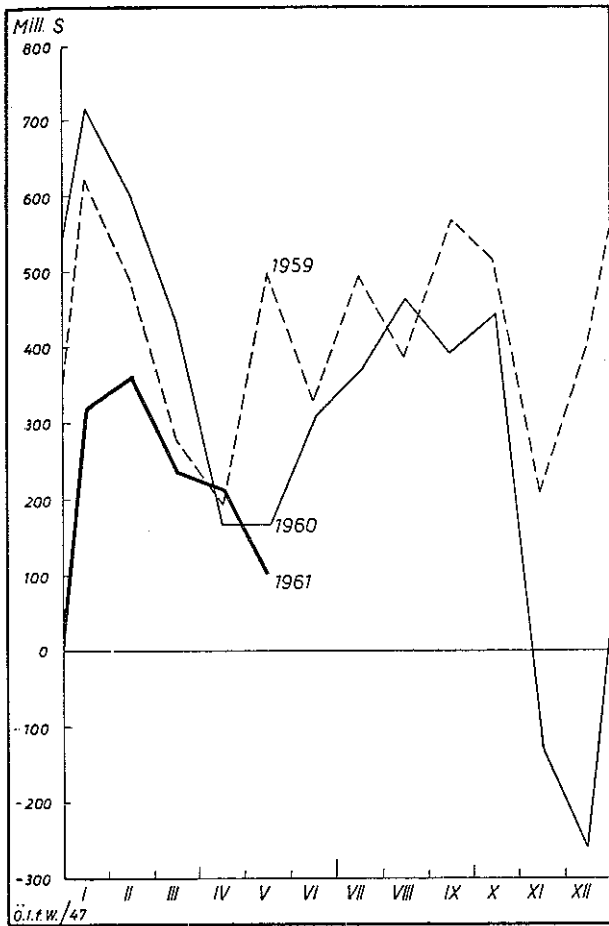
zurück. Verglichen mit dem Vorjahr war das Kreditvolumen des Verkehrs um 61%, des Fremdenverkehrs um 39% und das der öffentlichen Körperschaften um 30% höher. Allerdings haben Verkehr und Fremdenverkehr nur einen geringen Anteil am gesamten Kreditvolumen (Ende des I. Quartals jeweils 2%). Die starke Liquiditatsanspannung spiegelt sich darin, daß vorwiegend kurzfristige Kredite gewährt wurden. Im I. Quartal stiegen die Kredite bis zu 3 Monate um 39%, die Kredite von 3 Monaten bis zu 5 Jahren um 24%, während die Kredite mit längerer Laufzeit um 02% zurückgingen. Auch der Anteil der Großkredite über 1 Mill. S verringerte sich.

Die *Teilzahlungsinstitute* zahlten im Mai 201 Mill. S Kredite aus, mehr als in den Monaten vorher, aber weniger als im Mai 1960 (226 Mill. S). Der Stand der aushaftenden Kredite stieg auf 2482 Mill. S; im Dezember 1960 hatte er 2445 Mill. S betragen.

Die Kreditinstitute kauften im Mai 151 Mill. S *Wertpapiere*, davon etwa 50 Mill. S Wohnhaus-Wiederaufbaufonds-Anleihe. Ihre Bestände an *Bundesschatzscheinen* dagegen nahmen ebenso wie die der Notenbank um 30 Mill. S ab, da der Bund 60 Mill. S Schatzscheine tilgte. Im Juni wurden weitere 100 Mill. S und damit seit Jahresbeginn 190 Mill. S zurückgelöst. Diese Tilgungen sind der Beginn einer umfassenden Aktion zur Verminderung der kurzfristigen Staatsschuld. Ende Mai hielt der Kreditapparat fast 2 Mrd. S Besatzungskostenschatzscheine, 22 Mrd. S mittelfristige (Laufzeit 1 bis 5 Jahre) und 23 Mrd. S kurzfristige (Laufzeit im allgemeinen 3 Monate) Schatzscheine. Die Besatzungskostenschatzscheine können von allen Instituten in die Liquidität ersten Grades und von den Zentralinstituten außerdem in die Mindestreserven eingerechnet werden und werden daher aus Rentabilitatserwagungen gehalten. Dagegen fällt es dem Bund immer schwerer, die Prolongation der anderen Schatzscheine durchzusetzen. Der Finanzminister beabsichtigt daher, heuer noch 410 Mill. S, insgesamt also 600 Mill. S, und in den folgenden Jahren je 300 Mill. S Schatzscheine zuruckzulosen. Der Umlauf an Kassenstarkungsschatzscheinen (ohne Besatzungskostenschatzscheine) soll auf diese Weise bis Ende 1964 auf 31 Mrd. S verringert werden.

Der Einlagenzuwachs blieb weiter schwach. Die *Spareinlagen* nahmen um 101 Mill. S oder 03% zu. Die Zunahme war nicht einmal halb so groß wie im April und um 66 Mill. S geringer als im Vorjahr. Die Spareinlagen bei den Bankiers, Hypo-

### Entwicklung der Spareinlagen (Normaler Maßstab; Mill. S)



Zu Beginn des Jahres wachsen die Spareinlagen gewöhnlich sehr rasch; Selbständige wie Unselbständige füllen die in der Vorweihnachtszeit zusammengeschmolzenen Sparkonten wieder auf. In den folgenden Monaten sinkt der Einlagenzuwachs und ist im März und April besonders niedrig. Starke Steigerungen der Spartätigkeit im Sommer stehen ab November wieder geringe Zuwachsraten gegenüber, weil der Bedarf an liquiden Mitteln vor Weihnachten sehr hoch ist. Im Vorjahr und auch heuer wurde diese Saisonbewegung durch psychologische Faktoren gestört. Die Beunruhigung anlässlich des Rücktrittes des Finanzministers spiegelte sich in den geringen Zuwächsen im April und Mai des Vorjahres, die Budgetdiskussion führte im November zu Nettoabhebungen und zu ungewöhnlich niedrigen Zuwächsen im Mai dieses Jahres.

thekeanstalten, ländlichen Kreditgenossenschaften und dem Postsparkassenamt gingen sogar zurück. Der geringe Spareinlagenzuwachs im April und Mai ist zum Teil saisonbedingt. Auch in den Vorjahren war in diesen Monaten die Einlagenbewegung ungewöhnlich schwach gewesen. Die *Termin*einlagen nahmen nur um 19 Mill. S zu und die *Sichteinlagen* verminderten sich um 290 Mill. S. Der Rückgang ist hauptsächlich eine Folge des hohen Bargeldbedarfes der Wirtschaft. Da der Kre-

ditapparat nur verhältnismäßig wenig zusätzliche Kredite gewährte, mußten die Unternehmungen auf ihre Scheckkonten zurückgreifen. Auch bieten sich bei mittlerer oder längerer Bindung von Ersparnissen günstige Anlagemöglichkeiten außerhalb des Kreditapparates.

Die *valutarischen Reserven* der Notenbank nahmen im Mai um 342 Mill. S zu; im gleichen Monat des Vorjahres hatten sie um 30 Mill. S abgenommen. Die Devisenbilanz entwickelte sich vor allem deshalb günstig, weil der Einfuhrüberschuß mit 553 Mill. S zum ersten Male seit Jahresbeginn um 98 Mill. S niedriger war als im Vorjahr und der Fremdenverkehr mit 531 Mill. S um 158 Mill. S höhere Erträge brachte. Im Juni stiegen dank dem verstärkten Fremdenverkehr die *valutarischen Reserven* um weitere 438 Mill. S.

Das zusätzliche Notenbankgeld, das durch die Devisenkäufe der Notenbank im Umlauf kam, deckte nur einen Teil des zusätzlichen Bargeldbedarfes der Wirtschaft von mehr als 700 Mill. S. Die Kreditunternehmungen mußten sich daher 536 Mill. S Notenbankgeld im Wege von Lombardkrediten und durch Eskontierung von Handelswechseln beschaffen und außerdem 42 Mill. S von ihren Giro Guthaben bei der Notenbank abziehen. Die *Liquidität* des Kreditapparates blieb unverändert. Zwar konnten die Banken dank der Kreditrückzahlung des Bundes ihre Liquidität ersten Grades von 10 40/100 auf 11 60/100 verbessern und die Fehlbeträge um 243 Mill. S abbauen. Dagegen haben die ländlichen Kreditgenossenschaften die Liquiditätsvorschriften nicht mehr erfüllt; sie wiesen Fehlbeträge von 103 Mill. S aus. Allmählich fällt es einzelnen Instituten auch schwer, die vorgeschriebene Liquidität zweiten Grades einzuhalten. Alle Sektoren wiesen Fehlbeträge von 334 Mill. S aus, denen allerdings noch größere Überschüsse gegenüberstanden. Auch das Mindestreserven-Ist blieb um 117 Mill. S hinter dem Mindestreserven-Soll zurück, weil von den Nationalbank- und Postsparkassenkonten Mittel abgezogen wurden und nur ein kleinerer Teil in Bundesschatzscheinen erfüllt werden konnte.

Im Juni brauchten sich die Kreditunternehmungen trotz der starken Ultimoanspannung nicht mehr an die Notenbank verschulden. Die Institute ließen zwar 100 Mill. S Schatzscheine eskontieren und vergrößerten ihr Wechselobligo gegenüber der Nationalbank um 209 Mill. S, zahlten aber andererseits 223 Mill. S Lombardkredit zurück und legten 37 Mill. S auf ihren Girokonten ein.

Auf dem *Anlagemarkt* wurden im Mai Anleihen im Betrag von 700 Mill. S angeboten (siehe Heft 6, Seite 237). Von der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds-Anleihe konnten die Kreditinstitute einen größeren Teil unterbringen als von den beiden anderen Emissionen des Jahres. 54% wurden an Firmen und Private, 10% an die Sozialversicherungsanstalten und 9% an sonstige Kapitalsammelstellen verkauft, so daß die Kreditunternehmungen nur 27% selbst übernehmen mußten. Die hohe Zeichnungsquote der „Firmen und Privaten“ erklärt sich vor allem daraus, daß es den Großbanken gelungen ist, erhebliche Teile der Anleihe im Ausland zu verkaufen. Der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen war mit 29 Mill. S ebenso hoch wie im Vormonat, aber niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres. Die günstigen Verkaufszahlen der ersten drei Monate dieses Jahres konnten auch nicht annähernd erreicht werden. Die Kurse für festverzinsliche Werte gingen etwas zurück; dadurch ergaben sich interessante Renditen, und die Umsätze stiegen im Mai auf 32 Mill. S und im Juni auf 45 Mill. S. Die Juni-Umsätze waren doppelt so hoch wie im Vorjahr.

Auch auf dem *Aktienmarkt* wurden im Mai und Juni Rekordumsätze von 59 Mill. S sowie 72 Mill. S erzielt. Der Gesamtaktienkursindex stieg in beiden Monaten um 6 1% und 6 8%. Erst gegen Ende Juni wirkten sich die Kursrückgänge auf den ausländischen Börsen auch auf den heimischen Markt aus.

Die Nachfrage nach neuen Aktien ist unvermindert hoch. Das Angebot von 4 Mill. S Nominale junger Aktien der Schallplattenfirma Amadeo wurde innerhalb weniger Stunden siebenfach überzeichnet. Auch die Anteile (400.000 Stück zu 500 S) an einem Anfang Juli gegründeten Investmentfonds, der zum Teil Aktien aus Bundesbesitz enthält, waren bereits am ersten Tag verkauft. Um die Konjunktur auf dem Aktienmarkt auszunutzen, regen die Großbanken ihnen nahestehende Unternehmungen an, ihr Aktienkapital zu erhöhen oder Wandelschuldverschreibungen auszugeben. Lapp-Finze und Wertheim planen Aktienkapitalerhöhungen von zusammen 25 Mill. S, Jenbacher, Universale und Wienerberger wollen Wandelschuldverschreibungen von insgesamt 165 Mill. S ausgeben. Auf diese Weise kann den Betrieben neues langfristiges Kapital zugeführt und indirekt auch die Liquidität der Banken verbessert werden.

## Preise und Löhne

*Dazu Statistische Übersichten 21 bis 28 und 10.1*

Auf den *Weltmärkten* sind im Juni die meisten Rohwarenpreise wieder zurückgegangen, die Frachtraten haben zum Teil etwas angezogen. Im *Inland* wurde der Preisauftrieb stärker, auch die Lohnbewegung setzte sich fort.

Auf den internationalen *Rohwarenmärkten* waren die Notierungen, die in den letzten Monaten angezogen hatten, meist wieder rückläufig. Billiger wurden, teils infolge der beginnenden traditionellen Sommerflaute, vor allem industrielle Rohstoffe, aber auch verschiedene Agrarprodukte, insbesondere Genußmittel und Pflanzenöle. In London wurden im Juni Kautschuk, Kupfer und Zink um 2% bis 4% sowie Jute um 18% billiger, in New York Kakao und Sojaöl um 3% und 7%. Auch der Zuckerpreis, der in den letzten Monaten durch Produzentenabkommen künstlich hoch gehalten wurde, gab im Juni nach — der New Yorker Weltloccopreis sank von Anfang bis Ende Juni um 8% —, da Kuba zu niedrigeren Preisen liefern will. Auf dem Zinnmarkt dagegen hat sich der Preisauftrieb verstärkt, seit der Pufferpool des internationalen Zinnabkommens infolge Erschöpfung der Poolbestände und wegen der allgemeinen Zinnknappheit den Markt kaum mehr kontrollieren kann; die Londoner Notierung für Kassa-Zinn lag Anfang Juli um etwa 5% höher als ein Monat vorher. Verschiedene Arbeitsgruppen der UNO befaßten sich vor kurzem oder befassen sich gegenwärtig mit den Problemen einer langfristigen Stabilisierung einiger Rohwarenpreise (Blei, Zink, Kakao).

Die internationalen *Rohwarenpreisindizes* entwickelten sich, zum Teil infolge unterschiedlicher Gewichtung und Warenzusammensetzung, uneinheitlich. *Reuter's Index* für Sterlingwaren ging von Anfang bis Ende Juni um 1 3% auf 417 4 (18. September 1931 = 100) zurück, *Moody's Index* für amerikanische Industrierohstoffe stieg im gleichen Zeitraum um 0 8% auf 371 5 (31. Dezember 1931 = 100). Ende Juni unterschritten beide Indizes ihren Vorjahresstand um 1 1% und 1 6%.

Auf den freien *Frachtenmärkten* haben die Tankerraten zwar etwas angezogen, sie bewegen sich aber noch immer auf einem niedrigen Niveau. Ende Juni lagen die Erdölfrachtsätze von den karibischen Häfen und vom Persischen Golf nach Eng-



land um etwa 10% bis 15% höher als ein Monat vorher und erreichten damit annähernd ihren Vorjahresstand.

Im *Inland* hat sich der Preisauftrieb neuerlich verstärkt. Neben saison- oder angebotsbedingten Verteuerungen verschiedener Nahrungsmittel wirkten sich vor allem die Preiserhöhungen einiger preisgeregelter oder vor kurzem aus der Preisregulierung ausgenommener Waren aus. Außerdem wurden zum Teil Lohnerhöhungen auf die Preise überwältigt. Die Paritätische Preis-Lohn-Kommission hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, ein Expertenkomitee einzusetzen, das Maßnahmen zur Preisstabilisierung vorschlagen soll.

Der Index der *Großhandelspreise* ist von Mitte Mai bis Mitte Juni um 1,6% gestiegen. Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel erhöhte sich um 2,3%, da sich die Verteuerung von Mais (3%) und Kartoffeln (39%) weit stärker auswirkte als die Verbilligung von Pferde-, Schweine- und Kalbfleisch (1% bis 4%), Kakao (6%) und Kaffee (9%). Der Teilindex für Industrierohstoffe zog um 0,7% an, da sich Zinn, Kupfer, Bau- und Nutzholz (je 1%), Kalbleder, Wolle und Baumwolle (je 3%) sowie Rindsleder (4%) stärker verteuerten, als Sohlenleder (3%), Kautschuk und Blei (je 5%), Zink (7%) und Jute (10%) billiger wurden. Seit Juni 1960 ist der Großhandelspreisindex um 2,6% gestiegen; der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel erhöhte sich um 1%, jener für Industrierohstoffe um 4,7%.

Der Index der *Verbraucherpreise* (für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte) ist von Mitte Mai bis Mitte Juni mit 2,2% besonders stark gestiegen (im Vorjahr betrug die Steigerung im gleichen Zeitraum nur 0,7%). Obwohl die Mehrzahl der Teilindizes anzog, geht die relativ starke Zunahme vor allem auf die Erhöhung des Teilindex für Ernährung (4,7%) zurück. Insbesondere wirkten sich die kräftige und nur zum Teil saisonbedingte Erhöhung des Aufwandes für Obst (17%) und Gemüse (35%) sowie die Verteuerung von Eiern (6%), Fischen (12%) und Kartoffeln (60%) aus. Auch regional sind die Verbraucherpreise durchwegs gestiegen; die Erhöhung schwankte in den erfaßten Städten zwischen 1% und 4%.

Mitte Juni lag der Index der Verbraucherpreise bereits um 3,7% über seinem Vorjahresstand. (Auch ohne Saisonprodukte war die Steigerung mit 3,9% annähernd gleich hoch.) Der Aufwand hat sich in allen Gruppen erhöht, besonders

stark zogen aber die Teilindizes für Verkehr (16%) sowie alkoholische Getränke und Tabakwaren (9%) an.

### Veränderungen der Verbraucherpreise<sup>1)</sup>

	Juni 1961 gegen Mai 1961	
	%	
Ernährung	+4,7	+2,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	—	+8,5
Wohnung	+0,4	+6,7
Beleuchtung und Beheizung	-0,1	+1,8
Hausrat	+0,6	+4,9
Bekleidung	+0,1	+2,3
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+0,5	+5,4
Körper- und Gesundheitspflege	—	+1,5
Bildung, Unterricht, Erholung	+0,1	+2,7
Verkehr	—	+15,6
Insgesamt	+2,2	+3,7

<sup>1)</sup> Verbraucherpreise für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte

Der *Baukostenindex* für Wien (Rohbau einer Kleinwohnung ohne Handwerkerarbeiten) erhöhte sich von Mai auf Juni um 0,1%, da der Teilindex für Baustoff um 0,1% anzog. Der Index der Baukosten lag damit um 2,3%, die Teilindizes für Baustoffe und Arbeit um 1,1% und 3,5% über dem Stand des Vorjahres.

In den letzten Wochen änderten sich auch die Preise verschiedener Waren, die von den Preisindizes nicht oder erst im nächsten Monat erfaßt werden. Anfang Juli wurden verschiedene noch oder bisher preisgeregeltere *Nahrungsmittel* teurer. Der Milchpreis wurde für die Konsumenten um 3,8% (Flaschenmilch) und 4,5% (offene Milch) erhöht, da zur Finanzierung absatzfördernder und produktionssichernder Maßnahmen in der Milchwirtschaft 10 g und ab Anfang 1962 20 g je Liter dem Verbraucherpreis zugeschlagen werden. Milchprodukte, für die mit gleichem Zeitpunkt die bisherige amtliche Preisregelung aufgehoben wurde, kosten nun gleichfalls mehr, obwohl sich die Paritätische Preis-Lohn-Kommission mit diesen Preisen erst befassen wird; in Wien erhöhten sich die Preise für Schlagobers, Fruchtmilch, Kaffeeobers, Saurrahm und Joghurt im allgemeinen um 5% bis 15%. Auch Gebäck ist nicht mehr preisgeregelt; mit dem Hinweis auf die zweite Etappe der Lohnerhöhung der Bäcker wurde es in den Bäckereien und Gaststätten um 10% teurer; bis zu annähernd dem gleichen Ausmaß stiegen auch die Preise für Backwaren. Verschiedene *Halb- und Fertigwaren* verteuerten sich ebenfalls. Die Erzeugerpreise für Baustoffe wurden teilweise hinaufgesetzt, und zwar für Ziegeln um 4% bis 5% und für Kalk und Schotter um 4% bis 6%. Möbel wurden bei den Erzeugern

um 6% bis 8%, Linoleum um 5% bis 7% und Zigarettenpapier um 1 und 10% teurer. Englische Kraftwagen sind dagegen dank der neuerlichen EFTA-Zollsenkung billiger geworden; die Preise sanken im Durchschnitt zwischen 1% und 3%, zum Teil aber auch bis 15%. Teurer wurden zum Teil auch *Dienstleistungen*. So stiegen in Wien die Friseurtarife wegen Lohnerhöhungen im allgemeinen um 10% bis 15%.

Auf dem Wiener Viehmarkt lagen im Juni die Lebendgewichtspreise (Großhandel) für Rinder um 3% höher, für Schweine und Kälber aber um 1% und 8% niedriger als im Mai. Schweine, Rinder und Kälber kosteten um durchschnittlich 3% weniger als im Juni 1960. Die steigende Preistendenz für *Fleisch* hält zum Teil an. Schweine- und Rindfleisch kosteten (im gewogenen Durchschnitt) um etwa 1% bis 2% mehr als im Mai, nur Kalbfleisch war um fast 1% billiger. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Fleischpreise durchwegs gestiegen; Schweine-, Rind- und Kalbfleisch war um durchschnittlich 3% bis 4% teurer als im Juni 1960.

#### Veränderung der Fleischpreise in Wien im I. Halbjahr 1961<sup>1)</sup>

1961	Rindfleisch		Kalbfleisch		Schweinefleisch	
	a	b	a	b	a	b
Jänner	+0,6	+1,1	+2,4	-1,5	—	+1,5
Februar	+0,1	+1,8	+0,3	-2,1	-0,4	+1,8
März	-0,4	+2,0	+3,1	-0,6	+0,2	+1,6
April	-0,1	+2,6	+4,1	+2,2	+0,3	+1,4
Mai	+0,8	+2,9	+1,7	+8,1	+1,5	+3,1
Juni	+1,7	+3,6	-0,3	+3,8	+0,6	+3,0

a=Veränderungen gegenüber dem Vormonat in %

b=Veränderungen gegenüber dem Vorjahresmonat in %

Q: Wiener Marktamt — <sup>1)</sup> Nach der Zerfallung gewogene Durchschnitte

Die häufigsten Wiener Verbraucherpreise für *Obst* entwickelten sich im Juni unterschiedlich. Importierte Äpfel, Birnen und Orangen kosteten um durchschnittlich 10% bis 20% mehr als im Juni 1960, inländische Äpfel und Ananas sowie ausländische Pfirsiche aber um 20% bis 40% weniger. *Gemüse* war fast durchwegs teurer als vor einem Jahr. Kohlrabi, Kochsalat, Erbsen und Blätterspinat kosteten um etwa ein Drittel bis zur Hälfte mehr als im Juni 1960, nennenswert billiger waren nur Gurken und Tomaten (15% bis 20%).

Die *Lohnbewegung* hielt an. Die Mindestlöhne der Arbeiter in der Kaffeemittelindustrie wurden ab März um 8% und die der Arbeiter in der Obst- und Gemüseverwertung ab März bzw. Mai um 10% bis 12% erhöht. Im April erhöhte man die Tarif-

löhne der Arbeiter in der Süßwarenindustrie um 6% bis 9%, in der Stein- und keramischen Industrie um rund 8% und in der Zuckerindustrie um 9% bis 11%. Die kollektivvertraglichen Arbeiterlöhne in der Holzverarbeitenden Industrie stiegen im Mai um 8% bis 14% (die Ist-Löhne um 4%), im Tischlergewerbe um 7% bis 9% und in der Hutindustrie in einigen Bundesländern um 10%. Im Juni wurden die Grundlöhne der Forstarbeiter um 9% und der Handelsarbeiter um 9% bis 11% hinaufgesetzt. Die Bauarbeiter konnten ab Anfang Juli höhere Kollektivvertragslöhne von 8% bis 10% sowie andere Verbesserungen und die Friseure in Wien solche von 1% bis 25% (durchschnittlich um 16%) durchsetzen (die Istlöhne wurden um mindestens 5% gesteigert). Die Bäcker erhielten im gleichen Zeitpunkt in der zweiten Erhöhungsetappe um durchschnittlich 7% bis 8% höhere Mindestlöhne. Die Mindestgrundgehälter der Angestellten in den Reisebüros wurden ab Anfang Mai um 5% bis 16% und die der Angestellten in den Kraftfahrerschulen ab Anfang Juni um 19% bis 53% erhöht. Auch die Industrieangestellten setzten eine Gehaltserhöhung durch; Anfang Juni sind in den meisten Sparten die Mindestgehälter um 9% bis 13% und die Effektivgehälter um 3% gestiegen; ferner mußten 2% der Bruttogehaltssummen von Mai 1961 für weitere individuelle Gehaltsregelungen verwendet werden.

Der Index der *Arbeiter-Nettotariflöhne* (für Verheiratete mit zwei Kindern) blieb im Juni unverändert<sup>1)</sup>. Seit Juni 1960 hat sich der Tariflohnindex um 4,6% (mit Kinderbeihilfen) und 5,5% (ohne Kinderbeihilfen) erhöht.

Nach der *Verdienststatistik* des Institutes (sie erfaßt nur laufende Verdienste, keine einmaligen Zulagen) waren die Bruttoverdienste der Wiener Arbeiter im Durchschnitt der Monate April und Mai um 8,8% (je Woche) und 10,2% (je Stunde) und die Nettoverdienste (je Woche, für Verheiratete mit zwei Kindern) um 6,8% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Monatsverdienst je Industriearbeiter in Österreich (einschließlich aller Zulagen) erhöhte sich im gleichen Zeitraum brutto um 7,2% und netto um 6,0%, der je Industrieangestellten um 8,2% und 7,4%.

<sup>1)</sup> Da die Erhöhung der Kollektivvertragslöhne in der Holzverarbeitenden Industrie und im Tischlergewerbe nachträglich berücksichtigt werden mußte, ist der Tariflohnindex von April auf Mai nicht um 0,5%, sondern um 0,7% (mit Kinderbeihilfen) und 0,9% (ohne Kinderbeihilfen) gestiegen.

## Landwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.8

Trotz abnormaler Hitze und Trockenheit in der zweiten Hälfte Juni und Anfang Juli sind die *Ernteaussichten* in Österreich überwiegend gut. Die Getreideernte dürfte die Rekordernte des Vorjahres leicht übertreffen. Die Entwicklung der Hackfrüchte wird von den Regenfällen im Juli und August abhängen. Auch der Wein gedieh bisher ausgezeichnet. In Wien, im Burgenland und in der Steiermark war der Blütenansatz reichlich, in Niederösterreich mittelmäßig. Die Weinblüte war überall von der Witterung begünstigt. Der Obstbehang ist teilweise überdurchschnittlich gut, nur Äpfel und Birnen wird es weniger geben als im Vorjahr. Vom Feldgemüse blieben Gurken, Tomaten und Pflückbohnen in der Entwicklung zurück, die übrigen Gemüsesorten dagegen liefern überdurchschnittliche Erträge.

Der erste Kleeschnitt und die Heumahd brachten befriedigende Erträge und das Futter war von guter Qualität. In den letzten Wochen jedoch trocknete das Grünland aus; die Aussichten für das Grummet sind daher nicht günstig. Grünfutter ist gebietsweise bereits knapp geworden.

Im Mai kam um 34% mehr heimisches *Brotgetreide* auf den Markt als im Mai 1960; Weizen wurde um 25%, Roggen um 48% mehr geliefert. Die Handels- und Verarbeitungsbetriebe hatten Anfang Juni um 7% kleinere Weizenvorräte als im Vorjahr; ein und zwei Monate vorher waren die Vorräte noch um 25% und 31% größer gewesen. Der starke Lagerabbau geht auf Weizenexporte zurück. Die Roggenvorräte dagegen, die im II. Quartal gewöhnlich abnehmen, stiegen heuer infolge erhöhter Lieferungen und verstärkter Einfuhren saisonwidrig und waren Anfang Juni um mehr als die Hälfte größer als im gleichen Zeitpunkt 1960.

Im Jahre 1960 erzeugte die österreichische Landwirtschaft dank günstiger Witterung und geeigneter Sorten erstmals 50.000 t *Qualitätsweizen*. Dadurch konnte den Handelsmühlen 15% inländischer Qualitätsweizen zugeteilt und die Quote an ausländischem Qualitätsweizen auf 5% gesenkt werden. Es verblieb jedoch ein Überschuss von 90.000 t Füllweizen, der teils denaturiert und verfüttert und teils exportiert werden mußte, um den knappen Lagerraum für die neue Ernte freizumachen. Da heuer wieder eine gute Ernte und ein Weizenüberschuß erwartet wird — man hat 40.000 ha mit Qualitätsweizensorten bestellt, der Ertrag dürfte rund

100.000 t betragen —, entschloß sich das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu preispolitischen Maßnahmen. Sie sollen den Weizenmarkt entspannen und den Importbedarf verringern. Das Prinzip besteht darin, den Preis für Qualitätsweizen auf Kosten des Füllweizenpreises zu erhöhen. In Österreich wird aus klimatischen Gründen überwiegend Füllweizen produziert. Es genügt daher eine geringe Preisabschöpfung, um den Qualitätsweizenpreis ausreichend zu heben und die Produktion anzuregen.

Für inländischen Qualitätsweizen erhielten die Produzenten bisher, je nach Güteklasse (III, II, I), einen *Preisauflschlag* von 7 bis 12 S je q. Die geringe Mehrvergütung bot jedoch wenig Anreiz zur Steigerung und Erfassung der Qualitätsweizenerzeugung, zumal Qualitätsweizensorten gewöhnlich niedrigere Hektarerträge liefern als Massenweizensorten<sup>1)</sup>. Nunmehr wurde der Grundpreis für Qualitätsweizen von 250 S auf 254 S je q gehoben, der Grundpreis für Normalweizen dagegen von 250 S auf 247 S gesenkt. Da nur 10% bis 20% der Gesamtlieferungen auf Qualitätsweizen entfallen, kann aus den Mehreinnahmen eine Ausgleichskasse dotiert und die Qualitätsweizenproduktion zusätzlich prämiert werden. Die Kasse wird eine Prämie von 6 S bis 14 S neben dem üblichen, von den Mühlen zu entrichtenden Qualitätszuschlag auszahlen. Diesen Preisausgleich führt die Landwirtschaft intern durch; er wirkt sich weder auf die staatliche Preisstützung (im Durchschnitt 55 S je q) noch auf den Qualitätsweizenpreis der Mühlen aus. Die Erzeugerpreise für anerkannten Qualitätsweizen werden künftig unter Berücksichtigung dieser Zuschläge 280 S (Gruppe I), 273 S (Gruppe II) und 267 S je q (Gruppe III) betragen, gegen durchschnittlich 247 S für gewöhnlichen Weizen.

Die Landwirtschaft hofft, die stärkere Preisdifferenzierung zwischen Füllweizen und Qualitätsweizen werde bei durchschnittlichen Ernten ausreichen und größere Weizenüberschüsse vom Markte fernhalten. Vor weiteren Maßnahmen will man abwarten, wie der gemeinsame *Weizenpreis in der EWG* festgelegt wird. Er dürfte vermutlich unter dem derzeit in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich geltenden Preis liegen. Eine Assoziierung Österreichs mit der EWG wäre dann mit einer Preissenkung verbunden. In diesem Fall müßte die

<sup>1)</sup> Zur Qualitätsweizenproduktion eignet sich besonders das östliche, pannonische Klimagebiet Österreichs. Dabei spielt neben der Sortenfrage die Düngung eine besondere Rolle; späte Stickstoffdüngung z. B. erhöht die Klebemenge und damit die Backfähigkeit des Mehls.

Landwirtschaft wahrscheinlich einen größeren Teil des Weizens verfüttern oder zum Teil auf Futtergetreide (Körnermais, Wintergerste) ausweichen.

Im April wurden 45 000 t Futtergetreide abgesetzt, 18% weniger als im Vorjahr. Lagerhäuser und Handelsfirmen hatten heuer 35% mehr Futtergetreide und 73% mehr Kleie und Futtermehl auf Lager.

Der Preis für ausländisches Futtergetreide wurde mit Wirkung vom 1. Juni neu festgesetzt<sup>1)</sup>. Der Importabgabe- bzw. Großhandelseinstandspreis für Futtermais, Milocorn, Futtergerste und Futterweizen frei erste Empfangsstation des Lagerhauses oder Landesprodukthändlers beträgt nun 188 07 S je q und der Verbraucherhöchstpreis — für Mengen von 25 kg bis 50 kg — 205 S. Diese Preise enthalten auch den inländischen Frachtausgleich. Die gleichzeitig außer Kraft gesetzte Verordnung vom 29. Mai 1953 hatte den Importabgabepreis frei Grenze mit 170 21 S und den Verbraucherpreis frei erste Empfangsstation des Letztverteilers bei Abgabe von 25 kg bis 50 kg mit 200 S je q festgesetzt.

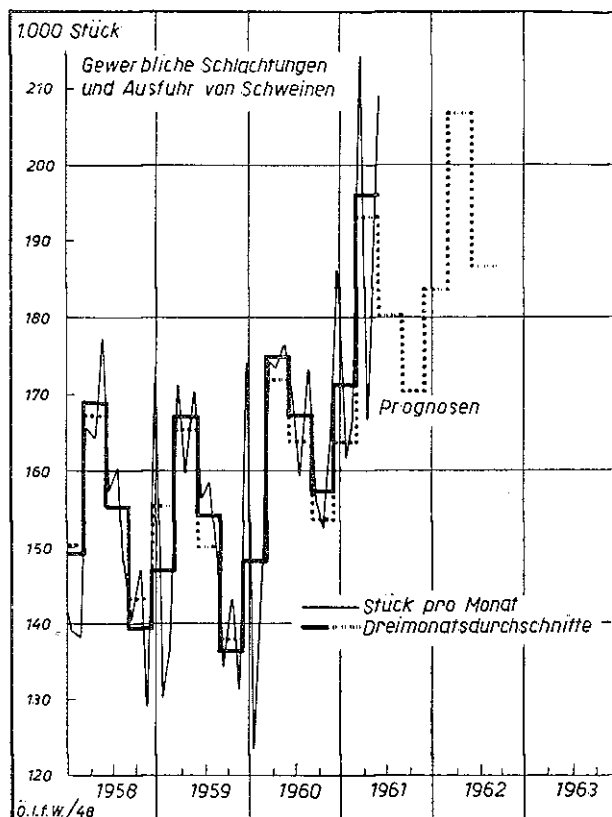
Die Marktproduktion an Milch erreichte im Mai mit 150 000 t einen neuen Rekord und war um 7% höher als im Mai 1960. Die Butterproduktion stieg gegen das Vorjahr um 12%, die Käseproduktion um 5%. 14% der Butterproduktion und 26% der Käseproduktion wurden ausgeführt. Der Exporterlös für Butter (16 11 S je kg) war nur halb so hoch wie der vergleichbare Preis im Inland. Nach vorläufigen Meldungen hat die Landwirtschaft auch im Juni um 7% mehr Milch geliefert als im Vorjahr. Im Juli ist die Produktion stärker zurückgegangen, weil Grünfutter knapp wurde.

Das Angebot an Schlachtvieh, das im April auffallend schwach war, nahm im Mai stark zu. Schweine wurden um 25%, Rinder um 22% und Kälber um 34% mehr geliefert als im Vormonat, und um 18%, 9% und 8% mehr als im Mai 1960. (Von April auf Mai steigt das Angebot gewöhnlich um 5%, 13% und 7%.)

Die Schlachtungen und die Ausfuhr an Schlachtvieh ergaben 31 000 t Fleisch, 15% mehr als im Jahr vorher. Es gab um 20% Schweinefleisch, um 8% Rindfleisch und um 8% Kalbfleisch mehr. Die Fleisch- und Fleischwarenausfuhr (Schlachtvieh in Fleisch gerechnet) erreichte 2 900 t (+10%), die Einfuhr 1 100 t (—52%). Für den heimischen Markt verblieben 29 200 t Schweine-, Rind- und Kalbfleisch, 9% mehr als im gleichen Monat 1960. Um

<sup>1)</sup> Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 20. Mai 1961, Zl. 42 877—8/11

Schweineschlachtungen  
(Normaler Maßstab; 1 000 St)



Im März, April und Mai schwankte das Angebot an Schlachtschweinen außerordentlich stark. Das war größtenteils auf das frühe Osterfest und die Vorverlegung des Angebotes vom April auf den März zurückzuführen. Insgesamt jedoch deckte sich die Marktproduktion (588 000 St) mit der Prognose des Institutes (570 000 bis 590 000 St). Die Voraussagen bis Mai 1962 bleiben auf Grund der letzten Schweinezählung unverändert. Von Juni bis August 1962 sind 20 000 Schlachtschweine mehr zu erwarten, als in der gleichen Zeitspanne 1961.

die Produzentenpreise nicht abgleiten zu lassen, wurde ein Teil des Mehrangebotes aus dem Markt genommen und für den Sommer gelagert.

Österreich konnte seine Viehexporte im Mai erhöhen, nachdem Italien die Importsperrung für Schlachttiere aufgehoben hatte. Es wurden 7 919 Schlachtrinder und 2 832 Zucht- und NutZRinder ausgeführt, gegen 6 646 und 2 281 im gleichen Monat 1960. 5 699 Schweine gingen in die ČSSR. Für Schlachtrinder (11 77 S je kg) sowie Zucht- und NutZRinder (13 22 S) wurde ungefähr gleichviel Erlöst wie im Inland, für Schweine (11 08 S) jedoch weniger.

Die repräsentative Zählung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes vom 3. Juni ergab einen Schweinebestand von 2 75 Mill. Zum gleichen Zeitpunkt 1960 war die Erhebung ausgefallen. Das

Institut konnte jedoch den Vorjahrsbestand aus Zeitreihen ziemlich verlässlich schätzen<sup>1)</sup>. Danach hat sich der Gesamtbestand seit dem Vorjahr um 2% erhöht; es gab zwar um 5% Ferkel weniger, aber um 7% Jungschweine, 3% Mastschweine und 2% trüchtige Sauen mehr. Im März hatten die Zuwachsraten gegen das Vorjahr betragen: Ferkel +5%, Jungschweine +6%, trüchtige Sauen +6%, Gesamtbestand +6%. Der Produktionsaufschwung hat sich demnach abgeschwächt.

Das zeigt auch die Saisonentwicklung. Gewöhnlich nimmt von März auf Juni der Gesamtbestand um 3% und der Ferkelbestand um 11% zu, die Zahl der Mastschweine und der trüchtigen Tiere aber um 3% und 2% ab. Heuer betragen die Veränderungen -0,1%, -4%, -6% und -3%. Bis September wird der Schweinebestand voraussichtlich auf etwa 2,98 Millionen wachsen und um 1% größer sein als im Vorjahr; die Zunahme von Juni bis September (+9%) wird schwächer sein, als saisonmäßig zu erwarten ist (+12%).

Der saisonbereinigte *Index der Sauenzulassungen* ging bis Juni auf 113 (Dezember 1954 = 100) zurück. Da Ferkelpreise und Schlachtschweinepreise ungefähr gleich hoch sind wie im Vorjahr, ist die künftige Entwicklung unsicher. Die Nachfrage nach Einstellferkeln wird sich beleben, wenn die Ernte an Futtergetreide, Kartoffeln und Futterrüben höher ausfällt als im Vorjahr, und umgekehrt. Davon aber wird es abhängen, ob man die Nachzucht ausweiten oder einschränken wird.

### Trüchtige Sauen

	1960		1961	
	Jun <sup>1)</sup>	September	März	Juni
Tatsächlicher Bestand ..	154 7	137 7	163 6	158 1
Saisonbereinigte Werte <sup>2)</sup>	148 8	152 8	154 5	152 0
<i>Index</i> (Dezember 1954=100)	111	114	115	113

<sup>1)</sup> Institutberechnung — <sup>2)</sup> Saisonindex Durchschnitt 1954/59.

Wie sich aus der Bestandsänderung und den Schlachtungen ergibt, wurden von März bis Mai insgesamt 776.000 und je trüchtige Sau 4,7 Ferkel aufgezogen. Das sind um 10.000 Ferkel mehr als im Vorjahr, obwohl die Würfe heuer relativ ungünstig waren. Der verhältnismäßig hohe Bestand an Jungschweinen läßt allerdings vermuten, daß er zum gleichen Termin des Vorjahrs geringfügig unterschätzt und die Zahl der aufgezogenen Ferkel von März bis Mai 1960 überschätzt wurde.

Im März, April und Mai kamen 588.000 Schweine auf den Markt, um 12% mehr als im Vor-

jahr. Die Marktproduktion an Schweinefleisch stieg um 14%, da die Tiere höhere Lebendgewichte aufwiesen. Die *Schlachtungen* deckten sich mit der Prognose des Institutes (570.000 bis 590.000). Die Vorausberechnungen für die Zeitabschnitte Juni bis August, September bis November, Dezember bis Februar und März bis Mai 1962 erfolgten bereits nach der Schweinezählung im März 1961<sup>2)</sup>; sie bleiben auf Grund der letzten Zählung unverändert. Von Juni bis August 1962 dürften 550.000 bis 570.000 Schweine auf den Markt kommen, um 20.000 mehr als im gleichen Zeitabschnitt 1961.

### Produktion von Schlachtschweinen<sup>1)</sup>

Jahr	Dezember bis	März bis	Juni bis	September bis
	Februar <sup>2)</sup>	Mai	August	November
	1 000 St			
Schlachtungen insgesamt				
1960 .....	965	683	593	556
1961 .....	1 029	779	620—640	585—605
1962 .....	1 060—1 080	800—820	630—650	
Gewerbliche Schlachtungen				
1960 .....	444	523	501	471
1961 .....	514	588	530—550	500—520
1962 .....	540—560	610—630	550—570	

<sup>1)</sup> Einschließlich Ausfuhr; Prognosen des Institutes (*kurz gedruckt*) fußen auf den Ergebnissen der Schweinezählung vom Juni 1961, wobei angenommen wurde, daß sich Sauenzulassungen, Aufzuchtergebnisse und Hausschlachtungen in nächster Zeit nicht stärker verändern — <sup>2)</sup> Dezember jeweils vom Vorjahr.

Zugleich mit dem Bestand hat das Statistische Zentralamt auch die Hausschlachtungen für die Monate März, April und Mai erhoben. Sie waren mit 190.757 dank den zahlreichen Tiefkühlanlagen auf dem Lande weit höher als in den Jahren vorher. Die Einlagerungen für den Eigenbedarf und die Schweineexporte haben den Markt fühlbar entlastet.

### Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.6

Die Energienachfrage der österreichischen Wirtschaft wächst seit Jahresbeginn langsamer als im Vorjahr. Im Mai bezogen die Verbraucher um 1% mehr elektrische Energie und um 2% mehr Erdölprodukte. Seit die Vorräte wieder aufgefüllt sind, stagniert die Kohlenachfrage. Im Mai bezogen die Verbraucher um 9% weniger Kohle als 1960. Die Absatzkrise des inländischen Kohlenbergbaues hat sich weiter verschärft. Die bisherigen Produktionseinschränkungen reichten nicht aus, das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wieder herzustellen. Gegenwärtig wird ein neuer

<sup>2)</sup> Siehe Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg 1961, Nr 4, S. 159 f.

<sup>1)</sup> Vgl Statistische Übersichten 3.7.

„Kohlenplan“ erarbeitet, der voraussichtlich größere Strukturanpassungen vorsehen wird als bisher.

Die inländische Kohlenförderung war im Mai um 7% niedriger als im Vorjahr und um 18% niedriger als zur Zeit der Höchstproduktion im Jahre 1957. Die Erdölförderung blieb um 3% unter der von 1960, die Erdgasförderung war um 16% höher. Dank reichlicher Wasserführung der Flüsse stieg die hydraulische Stromerzeugung um 13%, die gesamte Stromerzeugung um 10%.

Der *Stromverbrauch* hat auch im Mai gegen das Vorjahr nur wenig zugenommen. Er war mit 951 Mill. kWh nur um 1% höher als 1960. Scheidet man jedoch den Pumpstromverbrauch aus, der um 42% abgenommen hat, so ergibt sich für den übrigen Verbrauch eine Zunahme von 6%.

Die *Stromerzeugung* (öffentliche Versorgung) erreichte 13 Mrd. kWh, 10% mehr als im Vorjahr. Dieses Ergebnis wurde trotz Einschränkung der kalorischen Erzeugung um 10% erzielt, weil das Wasserdargebot wie in den vergangenen Monaten überdurchschnittlich hoch war. Die Laufkraftwerke lieferten um 14%, die Speicherkraftwerke um 11% mehr Strom als im Vorjahr. Insgesamt betrug die hydraulische Erzeugung 116 Mrd. kWh, 89% der Gesamterzeugung. Die kalorische Stromerzeugung stammte zu fast zwei Dritteln aus Erdgas und etwas mehr als einem Drittel aus Braunkohle. Die Kohlenvorräte der Dampfkraftwerke sind weiter stark gestiegen. Am 31. Mai betragen sie 605 000 t (SKB), 40% mehr als im Vorjahr.

Da die Stromerzeugung im Mai viel stärker zunahm als der Verbrauch, konnte die *Stromausfuhr* (377 Mill. kWh) gegen das Vorjahr um 38% gesteigert werden, die *Einfuhr* hingegen war mit nur 28 Mill. kWh um 40% geringer als im Mai 1960.

Die Verbundgesellschaft hat in Zusammenarbeit mit den Landes- und Sondergesellschaften die nächste Etappe des Kraftwerk-Bauprogrammes 1965 bis 1970 festgelegt. Man rechnet mit einer Verbrauchszuwachsrate von 7% je Jahr. Bis Ende 1970 muß daher die derzeit verfügbare Kapazität verdoppelt werden. Hierzu ist ein Kapitalaufwand von 20 Mrd. S für Kraftwerke und 10 Mrd. S für Verteilungsanlagen erforderlich, bis 1970 daher jährlich 3 Mrd. S.

Die Burgenländische Elektrizitätswerke A. G. (BEWAG), die erst vor wenigen Jahren gegründet wurde, will von den Versorgungsgesellschaften der benachbarten Bundesländer unabhängig werden und Strom direkt von der Verbundgesellschaft be-

ziehen. Sie hat kürzlich eine 110 kV-Leitung von Neudörfel nach Eisenstadt fertiggestellt, die bis Neusiedel weitergeführt werden soll. Eine zweite Leitung von Neudörfel nach Mattersburg wird derzeit gebaut und wird voraussichtlich im Oktober fertig werden.

Die österreichische Wirtschaft bezog im Mai 515 000 t Kohle (SKB), um 9% weniger als 1960. Die Bezüge blieben damit stärker unter dem Vorjahr als in den vergangenen Monaten, weil die Verbraucherlager voll sind.

Nur die Dampfkraftwerke, die vertraglich gebunden sind und Kohle ohne Rücksicht auf ihren Bedarf abnehmen müssen, und die Hochöfen, die um einen fünften bei der VOEST vermehrt wurden, bezogen mehr Kohle als im Vorjahr, alle übrigen Verbraucher weniger. Am stärksten gingen die Käufe im Hausbrand zurück, der noch keine Neigung zu vorzeitiger Winterbevorratung zeigt und um 27% weniger kaufte als im Mai 1960. Gaswerke, Industrie, Kokerei Linz und Verkehr übernahmen um 23%, 18%, 6% und 2% weniger Kohle. Diese Rückgänge konnten durch die höheren Lieferungen an die kalorischen Werke (+15%) und die Hochöfen (+18%) nicht kompensiert werden. Im Gegensatz zu den letzten Monaten blieb die Versorgung mit Importkohle infolge hoher Lagerbestände stärker hinter dem Vorjahr zurück (-11%), als die Versorgung mit Inlandskohle (-5%). Wie bisher wurde die Einfuhr von Braunkohle weiter stark eingeschränkt (-38%), aber auch die Kokseinfuhr ging stark zurück (-19%) und selbst Steinkohle wurde um 7% weniger importiert als im Mai 1960. Der Absatz inländischer Steinkohle blieb um 14%, jener inländischer Braunkohle um 4% unter dem des Vorjahres. Vor allem die Industrie (-12%) bezog viel weniger Braunkohle. Aus Importsteinkohle im Inland erzeugter Koks wurde um 5% mehr verkauft. Insgesamt bezogen die Verbraucher um 8%, 5% und 2% weniger Steinkohle, Braunkohle und Koks als im Vorjahr.

Die heimische *Kohlenförderung* blieb im Mai etwas stärker hinter dem Vorjahresergebnis zurück, weil dieser Monat heuer einen Arbeitstag weniger hatte. Mit 225 000 t (SKB) war sie um 7% geringer. Die Steinkohlenförderung war um 20% niedriger.

Ende Mai hat der Ministerrat verschiedene Hilfsmaßnahmen für den heimischen Kohlenbergbau beschlossen. Der volle Heizölzoll wird weiter eingehoben und der Abgang einzelner Kohlenberg-

baue gedeckt. Ein neuer Produktionsplan für den Kohlenbergbau wird ausgearbeitet

Die Lage im westeuropäischen Kohlenbergbau hat sich nicht gebessert. Die Nachfrage nach Kohle geht trotz Expansion der Wirtschaft zurück. Außerdem verstärkt sich in letzter Zeit wieder die Konkurrenz der amerikanischen Kohle. Auch das Heizöl dringt weiter vor. Man erwartet im III. Quartal keine Besserung der Situation; die Haldenbestände werden kaum abnehmen.

Der Absatz von *Benzin* und *Dieselöl*, der bis 1960 annähernd gleich stark zugenommen hatte, war in den ersten fünf Monaten 1961 um 14% und 9% höher als im Vorjahr, im Mai um 23% und 6%. Die Bezüge von *Heizöl* blieben im Mai um 9% unter denen des Vorjahres, da die Verbraucher noch über größere Vorräte verfügen. Inländisches und ausländisches Heizöl wurde annähernd in gleichem Ausmaß von dem Rückgang betroffen. Der Absatz von *Petroleum* war um 19% geringer als im Mai 1960.

Die österreichische Erdölförderung geht weiter zurück. Im Mai wurden 204 000 t gefördert, 3% weniger als im Vorjahr. Dagegen konnte die *Erdgasförderung*, die in den ersten vier Monaten um 9% geringer war als 1960, im Mai gesteigert werden. Mit 121 Mill. m<sup>3</sup> war sie um 16% höher als im Vorjahr. Der Zuwachs ist teilweise dem neuen Erdgasfeld Wildendürnbach bei Laa a. d. Thaya zu danken, aber auch in den übrigen Feldern wurde die Produktion gesteigert.

## Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5 1 bis 5 29

Die Industriekonjunktur hat so gut wie alle Kapazitätsreserven ausgeschöpft. Das Wachstum der Produktion verlangsamt sich und wird sich in den Sommermonaten auf hohem Niveau stabilisieren. Je Arbeitstag erzeugten die Betriebe in den ersten fünf Monaten um 6%, im April und Mai um 6% und 7% mehr als im Vorjahr. Während die Grund- und Investitionsgüterindustrien in den Wintermonaten noch starken Auftrieb erhielten (im I. Quartal + 9% über dem Vorjahr) und die Konsumgüterindustrien nur mäßig expandierten (+ 3%) hat sich seither der Unterschied im Wachstumstempo merklich verringert. Im April und Mai war die Investitionsgüterproduktion und die Konsumgüterproduktion (arbeitstäig) um je 6% höher als 1960.

Nach den Meldungen im Konjunkturtest des Institutes rechnen die Unternehmer der verarbeitenden Industrie in den nächsten Monaten nur noch mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 3% bis 4% (im Vorjahr 8%). Wohl nehmen die Inlandaufträge noch zu, die Bestellungen aus dem Ausland aber gehen in einigen Branchen zum Teil empfindlich zurück. Auch in einigen Grundindustrien hat die Exportnachfrage nachgelassen. In der eisenschaffenden Industrie waren Anfang Juni die *Auftragsbestände* (Inland) an Kommerzwalzware um 8%, die für Feibleche sogar um 32% niedriger als 1960.

Die Fertigwarenlager blieben in den einzelnen Zweigen überwiegend unverändert; sie werden von den Unternehmern als ausreichend bezeichnet. Nur in der Glasindustrie nahmen die Vorräte teilweise zu und von der Holzverarbeitenden- und Maschinenindustrie werden sie teilweise als zu klein beurteilt.

Da die Umsätze im Binnenhandel nach wie vor rasch steigen, die Exportkonjunktur aber nur noch langsam wächst und eher partielle Rückschläge erwarten läßt, wird die weitere Industrieexpansion noch stärker als bisher von den Auftriebskräften im Inland abhängen.

Obwohl das *Arbeitskräftepotential* fast ganz ausgeschöpft ist und freie, verwendbare Kräfte knapper sind als je zuvor, konnte die Industrie ihren Bedarf an Arbeitskräften besser decken, als andere Wirtschaftszweige, weil ihr höheres Lohnniveau Umschichtungen begünstigt. Die Gesamtindustrie beschäftigte im April um 3% mehr Arbeitskräfte als ein Jahr vorher. Die Eisen- und metallverarbeitenden Industrien, besonders die Elektroindustrie, konnten ihren Arbeiterstand überdurchschnittlich ausweiten, ebenso die Papierverarbeitende Industrie, die Holzverarbeitende Industrie und die Baustoffindustrie. Trotz der relativ günstigen Stellung der Industrie als Konkurrent um die knappen Arbeitskräfte verstärkte sich die Tendenz zu Rationalisierung und Produktivitätssteigerung. Obwohl die Hochkonjunktur erfahrungsgemäß leistungsmindernd wirkt, war die durchschnittliche Arbeitsproduktivität (Produktion je Beschäftigten) der Industrie von Jänner bis Mai um 5%, die Produktion um 6% höher als im Vorjahr. Die Rationalisierung des Arbeitseinsatzes durch Investitionen und bessere Arbeitsorganisation hat die produktivitätsmindernden Wirkungen der Hochkonjunktur weit überkompensiert.

Die Expansion im *Export* wird merklich schwächer. Von Jänner bis April war die Industrie-

ausfuhr um 8% (wertmäßig), im Mai um 6% höher als im Vorjahr. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Industrien werden größer. Einzelne Zweige, wie Magnesitindustrie, Elektroindustrie, Fahrzeugindustrie, Glasindustrie und Bekleidungsindustrie, erzielten noch im Frühsommer beachtliche Zuwachsraten in der Ausfuhr. Andererseits mehrte sich allmählich die Zahl der Industriezweige mit sinkendem Export. Eisen- und Metallwarenindustrie, optische Industrie und chemische Industrie erreichten schon im I. Quartal die Ausfuhr vom Vorjahr nicht mehr. Seither ist auch die Ausfuhr von Metallen, Maschinen und vor allem von Eisen und Stahl unter die von 1960 gesunken. Exportrückschläge in einigen besonders exportorientierten Zweigen (mit Exportquoten von 70% und darüber) könnten die Binnenkonjunktur empfindlich stören. Bisher mußte nur die Zellwolleindustrie etwa 10% ihrer Beschäftigten infolge von Ausfuhrückschlägen entlassen.

Die Nachfrage nach *Importrohwaren* ist seit dem I. Quartal stark zurückgegangen. Im April und Mai bezog die österreichische Wirtschaft um 6% und 3%, im I. Quartal um 16% mehr Auslandsrohstoffe (ohne Kohle) als im Vorjahr. Die Einfuhr von Erzen und Schrott war im April und Mai um durchschnittlich 11% geringer als 1960.

Von den 15 im Produktionsindex des Institutes vertretenen Industriezweigen erzielten im Mai (je Arbeitstag) 13 Zweige Zuwachsraten von 1% bis 15%, zwei Zweige blieben um 2% bis 3% unter dem Vorjahresniveau.

Der *Bergbau* (ohne Erdölbergbau) erreichte in den ersten fünf Monaten knapp den Stand von 1960, der Kohlenbergbau unterschritt ihn um 6% (im Mai arbeitstägig -2% und -4%). Auch in den nächsten Monaten wird sich die Tendenz nicht ändern, weil die heimischen Kohlengruben noch immer mehr Kohle fördern, als sie absetzen können, und daher die Produktion weiter einschränken müssen.

Eisenerz konnte um 7% mehr gefördert werden als 1960 (im Mai +3%). Der Zuwachs wird in den nächsten Monaten kleiner werden, da keine Kapazitätsreserven mehr vorhanden sind. Der Buntmetallerzbergbau ist gut beschäftigt; Antimonerze wurden im April und Mai um 7% mehr, Blei-Zinkerze und Kupfererze um 12% und 7% weniger gefördert als im Vorjahr.

Der Abbau von Graphit, der seit zwei Jahren sprunghaft gestiegen ist, stabilisiert sich nun auf hohem Niveau. Die Förderung von Bauxit sank in

den ersten fünf Monaten unter den Vorjahresstand; Rohkaolin und Talkschiefer wurden um 13% und 12% mehr gefördert. Die Produktion von Salzsole ging um 17% zurück. Die kleineren Bergbauzweige entwickelten sich unterschiedlich.

Die Erdgasförderung, die von Jänner bis April unter der vom Vorjahr blieb, war im Mai um 16% höher. Die Erdölförderung geht nach wie vor zurück (Jänner bis Mai -4%).

Die *Magnesitindustrie* ist voll beschäftigt. Die Produktion der einzelnen Zweige entwickelte sich im Durchschnitt der Monate April und Mai uneinheitlich. Sintermagnesit und Magnesitsteine wurden um 9% und 18% mehr erzeugt, Rohmagnesit und kaustisch gebrannter Magnesit um 1% und 6% weniger.

Die Hochkonjunktur in der *eisenschaffenden* Industrie läßt merklich nach. Während die Nachfrage im I. Quartal noch durchwegs zunahm, geht sie seither zurück und die Werke bauen Auftragsbestände ab, um die Produktion auf hohem Niveau zu halten. In- und ausländische Kunden bestellten im April und Mai um 22% und 20% weniger Kommerzwalzware, als die Werke gleichzeitig auslieferten. Dadurch sanken die Auftragsbestände; Anfang Juni waren die von Inlandskunden um 8%, von Auslandskunden um 22% niedriger als im Vorjahr. Der Rückgang ist überwiegend auf geringere Bestellungen von Fein- und Mittelblechen zurückzuführen. Dank der Prosperität in der Bauwirtschaft nimmt die Nachfrage nach Baueisen noch immer zu.

#### Auftragseingänge und -bestände für Kommerzeisen

	Auftragseingänge Jänner bis Mai		Veränderung in %	Auftragsbestände 1. Juni		Veränderung in %
	1960	1961		1960	1961	
Feinbleche	80 392	61 343	-23,7	73 704	50 039	-32,1
Mittelbleche	12 499	10 996	-12,0	11 785	9 393	-20,3
Grobbleche	49 218	46 888	-4,7	35 185	35 075	-0,3
Stabstahl	75 960	43 331	-43,0	104 943	107 744	+2,7
Torstahl	43 373	57 692	+33,0	81 867	85 845	+4,9
Walzdraht	25 103	21 231	-15,4	17 989	19 750	+9,8
Sonstige Kommerzwalzware	39 271	30 006	-23,6	46 827	36 530	-22,0
Insgesamt	325 816	271 487	-16,7	372 300	344 376	-7,5

Q: Walzstahlbüro.

Die gesamte Produktion der eisenerzeugenden Industrie war im I. Quartal um 10%, im April und Mai um 5% und 3% höher als 1960. Von Jänner bis Mai wurde um 8% mehr Roheisen erzeugt als 1960. Ein Teil der Produktion wurde auf Lager gelegt, die jetzt rund einem Drittel einer Monatsproduktion entsprechen und sechsmal so groß sind wie im Vorjahr. Das erklärt sich teils aus einem Rückgang der Rohstahlerzeugung im April und Mai um



3% (I. Quartal noch +6%), teils aus dem zusätzlichen Ausstoß eines fünften Hochofens in Linz. Die Walzwerke erzeugten im April und Mai nur noch um 3% mehr als im Vorjahr; im I. Quartal hatte der Vorsprung noch 10% betragen.

Auch in den anderen europäischen Ländern hat das Wachstum der Stahlproduktion anscheinend seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Im Durchschnitt der Monate April und Mai war die Stahlproduktion in der Montanunion nur noch um 3% höher als im Vorjahr, in Großbritannien sogar um 2% niedriger. 1960 betrug der Vorsprung in diesen Ländern noch 17% und 24%. In der Bundesrepublik Deutschland übertraf der In- und Auslandsumsatz im Feber und März — für später liegen noch keine Angaben vor — nur knapp die Vorjahresergebnisse

Die *Metallhütten* erzeugten von Jänner bis Mai um 6% (im Mai um 4%) mehr als im Vorjahr. Nach wie vor stagniert die Produktion von Hüttenweichblei (—20%), jene von Hartblei erzielte den beachtlichen Vorsprung von 86%. Der Ausstoß der Kupferhütten stieg um 3%

Dank dem reichlichen Angebot von elektrischer Energie gelang es, in der Erzeugung von Aluminium die Saisonspitzen weitgehend auszugleichen. Im Durchschnitt April/Mai war die Produktion nur um 8% und 3% höher als im I. Quartal 1961 und im April/Mai 1960. Da die Kapazitäten voll ausgenutzt sind, wird sich der Ausstoß auf hohem Niveau stabilisieren.

Die *Fahrzeugindustrie* produzierte in den ersten fünf Monaten (je Arbeitstag) um 8% weniger als 1960. Die Produktionszahlen enthalten allerdings nur die brancheneigenen Erzeugnisse und vermitteln deshalb ein zu ungünstiges Bild. Wichtige Unternehmungen der heimischen Fahrzeugindustrie arbeiten nicht nur im Fahrzeugbau, sondern auch in anderen Sparten, z. B. im Maschinenbau.

Der Rückstand der Produktion verringert sich seit Ende des Vorjahres, was zum Teil auf den Beginn der Serienproduktion eines Kleinkombiwagens zurückzuführen ist, von dem bis Ende Mai über 1 000 Stück zum Verkehr zugelassen wurden. Eine stärkere Expansion der heimischen PKW-Erzeugung wird durch das generelle Exportverbot behindert, das der italienische Vertragspartner nur fallweise — wie z. B. im Geschäft mit Finnland, und Bundesrepublik Deutschland — aufholt.

Die inländische LKW- und Traktorenproduktion war bis Mai um 1% und 20% höher als im

Vorjahr. Von der Inlandsproduktion wurden in den ersten fünf Monaten über 700 LKW und 6.500 Traktoren zum Verkehr zugelassen, 500 LKW und 732 Traktoren im Ausland abgesetzt. Die Betriebe hatten Anfang Juni etwas mehr als eine Monatsproduktion LKW auf Lager; die Vorräte an fertigen Traktoren sind vor Erntebeginn saisongemäß niedrig.

Die Zweiradindustrie stagniert noch immer. Der Ausstoß von Motorrädern und Motorrollern war von Jänner bis Mai um 46% und 67% niedriger als 1960. Die Erzeugung von Mopeds war zwar etwas höher, konnte aber den Ausfall der anderen Produktionssparten nicht wettmachen.

Die *Maschinenindustrie* ist gut beschäftigt. Von Jänner bis Mai erzeugte sie je Arbeitstag um 11% (im Mai um 9%) mehr als 1960. Die Zunahme des Ausfuhrwerts hat sich in den letzten Monaten rasch abgeschwächt. Im I. Quartal betrug der Vorsprung gegen 1960 noch 8%, im April wurde das Vorjahresergebnis nur knapp erreicht und im Mai um 4% unterschritten. Die Hoffnung der heimischen Produzenten, mehr Investitionsgüter in die Entwicklungsländer Asiens und Afrikas liefern zu können, scheiterten bisher an Finanzierungsschwierigkeiten, da diese Länder an kommerziellen Krediten wenig interessiert sind oder sehr lange Zahlungsziele beanspruchen. Auch die Bestrebungen, durch Exportringe die Chancen im internationalen Wettbewerb zu bessern, hatten bisher wenig Erfolg.

In den einzelnen Sparten entwickelte sich die Produktion uneinheitlich. Landmaschinen, Drehbänke, Textilmaschinen, Armaturen sowie Hebezeuge und Fördermittel wurden mehr hergestellt als 1960, Druck- und Papiermaschinen, Lokomotiven, Schiffe und Boote dagegen weniger.

Die *Elektroindustrie* expandiert unvermindert (von Jänner bis Mai +7%). Da sie die elektrischen Antriebe für die meisten Maschinenarten liefert, ist sie von Änderungen in der Zusammensetzung der Nachfrage nach Maschinen nicht betroffen. Die Starkstromindustrie erzeugte mehr Elektromotoren und Transformatoren (+25% und +39%), die Kabelindustrie mehr Bleikabel und annähernd gleich viel isolierte Leitungen. Die Schwachstromindustrie stellte mehr Telefonzentralen, Telefongeräte und -apparate her.

Die *holzverarbeitende* Industrie beschäftigte Anfang Mai um 6% mehr Arbeiter und Angestellte. Die Unternehmer melden lebhaftere Aufträge und erwarten auch für die nächsten Monate eine wach-

*Produktion der Elektroindustrie je Arbeitstag*  
(Entwicklung gegen das Vorjahr)

	Durchschnitt April/Mai
	Zunahme (+)
	Abnahme (-)
<i>Elektroindustrie</i>	+ 44
Elektrische Raumheizgeräte	+130
Kompressor-Kühlschränke	+119
Speicheröfen	+ 56
Telefon-Einzelapparate	+ 38
Elektrische Kleinherde und Kochplatten	+ 21
Elektrische Meßgeräte	+ 13
Fernsehempfänger	+ 13
Elektromotoren	+ 12
Elektrospeicher	+ 4
Transformatoren	+ 1
Radioapparate	+ 1
Generatoren	- 5
Haushaltwaschmaschinen	- 8
Glühlampen	-10
Bleiakkumulatoren	-13
Bleikabel	-17
Elektrizitätszähler	-19
Absorberkühlschränke	-28
Staubsauger	-36
Elektroherde	-40

sende Produktion Von Jänner bis Mai erzeugte die Furnierindustrie um 20% mehr als im Vorjahr. Die Plattenindustrie fertigte um 11% mehr Holz-faser- und Dämmplatten und annähernd gleich viel Paneelplatten und Sperrholz. Die Möbelindustrie expandiert kräftig. Vollständige Zimmer- und Kücheneinrichtungen sowie Einzeleinrichtungen wurden um 25% und 16% mehr hergestellt. Die Bautischlereien erzeugten um 23% mehr Türen und Fenster.

Die *papierverarbeitende* Industrie ist voll beschäftigt. Anfang Mai beschäftigte sie um 8% mehr Arbeiter und Angestellte als im Vorjahr. Nach den Unternehmerangaben werden Produktion und Auftragsengänge, vor allem aus dem Inland, auch in den nächsten Monaten zunehmen. Die Auftriebskräfte haben alle Sparten erfaßt. Die Erzeugung von Verpackungsmaterial stieg in den ersten fünf Monaten um 18%, jene von Buchbinderwaren und Briefumschlägen nahm um 22% und 6% zu.

Die *Bekleidungsindustrie* beschäftigte Anfang Mai um 4% mehr Arbeitskräfte als im Vorjahr. Das Wachstum der Bekleidungsindustrie erklärt sich in erster Linie aus strukturellen Ursachen; sie vergrößert auf Kosten des Gewerbes ständig ihren Marktanteil. Die Unternehmer melden lebhaftere Auftragseingänge aus dem In- und Ausland und wollen die Produktion weiter ausdehnen. Im einzelnen erzeugten die Betriebe in den ersten fünf Monaten um 19% und 22% und 50% mehr Leibwäsche, Unterkleidung und Nachtwäsche sowie Haus- und Bettwäsche; die Erzeugung von Ober-

bekleidung und Sportbekleidung wuchs langsamer, jene von Krawatten und Schals erreichte knapp den Vorjahresstand.

### Einzelhandelsumsätze und Verbrauch

*Dazu Statistische Übersichten 6 1 bis 6 6*

Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im *Mai* wird entscheidend dadurch beeinflusst, ob das Ostergeschäft im April oder schon im März war, durch den Pfingsttermin und die Zahl der Verkaufstage. Unter diesem Gesichtspunkt läßt sich das Umsatzergebnis vom Mai 1961 am besten mit dem der Jahre 1956 und 1959 vergleichen. Insgesamt verkaufte der Einzelhandel im Mai um 7% mehr als im April, gegen 8% im Durchschnitt der beiden Vergleichsjahre. Da der Mai heuer ebensoviel Verkaufstage hatte wie der April (24), in den Jahren 1956 und 1959 aber um 1 und 4 weniger, hat das Ergebnis je Verkaufstag nicht ganz den Saisonserwartungen entsprochen. Trotzdem wurden die Umsätze des Vorjahres um 13% (real um etwa 11%) übertroffen, gegen 10% (8%) in der Zeit von Jänner bis April. Allerdings war der Geschäftsgang des Einzelhandels im Mai 1960 relativ schwach. Da jedoch Pfingsten 1960 im Juni war, wird ein richtiger Vergleich mit dem Vorjahr erst nach Zusammenfassung der Ergebnisse beider Monate möglich sein.

Sieht man von dieser Verschiebung des Pfingsttermins ab, so scheint das gesamte *Frühjahrs-geschäft* 1961 im ganzen gut ausgefallen zu sein. Von März bis Mai waren die Umsätze um 11% (real um etwa 9%) höher als im Vorjahr, gegen durchschnittlich 10% (8%) in den Monaten Jänner und Februar. Die stärkere Belebung der Konsumentennachfrage seit Ende 1960 hält somit weiter an. Allerdings ist im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung die Zuwachsrates bei den kurzlebigen Konsumgütern höher als bei den dauerhaften. Von März bis Mai lagen die Umsätze von dauerhaften Konsumgütern um 9% (real um 5%) über dem Vorjahr, die von nichtdauerhaften aber um 11% (9%). Diese Tendenzumkehr läßt sich vor allem damit erklären, daß seit Anfang des Jahres hauptsächlich die unteren Einkommen (Renten, Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst) mit relativ hoher Elastizität der Nachfrage nach Grundbedürfnissen zugenommen haben. Außerdem hat die Einschränkung der Teilzahlungskredite die Käufe dauerhafter Konsumgüter erschwert. Von März bis Mai haben die Teil-

zahlungsinstitute Kredite in Höhe von 572 Mill. S gewährt, um 93 Mill. S oder 14% weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Jänner und Februar waren die Kredite nur um 7 Mill. S oder 3% geringer.

### Einzelhandelsumsätze nach Saisonabschnitten

Branchengruppe	Jänner/Februar		März/Mai	
	Werte	Mengen <sup>1)</sup> 1961 gegen 1960 in %	Werte	Mengen <sup>1)</sup>
Nahrungs- und Genußmittel	+ 6,9	+ 5,9	+11,3	+11,2
Tabakwaren	+13,5	+ 3,8	+17,2	+ 7,2
Bekleidung	+10,1	+ 7,6	+ 7,5	+ 4,9
Wohnungseinrichtung und Hausrat	+19,9	+16,4	+11,2	+ 6,5
Sonstiges	+13,9	+12,4	+ 9,7	+ 7,6
Einzelhandel insgesamt	+ 9,7	+ 7,6	+10,6	+ 8,8
Dauerhafte Konsumgüter	+19,7	+16,9	+ 8,9	+ 5,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 8,2	+ 6,3	+10,8	+ 9,4

<sup>1)</sup> Schätzung. Berechnet durch gruppenweises Ausschalten der Preisveränderungen mit den verfügbaren Preisindizes (mit einigen Adaptierungen).

Auch im Mai haben die Umsätze von kurzlebigen Waren gegen das Vorjahr stärker zugenommen (+14%) als die von dauerhaften (+6%). Real ist der Unterschied noch größer (+13% gegen +1%), da die Preise für dauerhafte Konsumgüter (vor allem Möbel, Geschirr, Elektrowaren) im Mai erneut angezogen haben. Besonders gut schnitt im Vergleich zum Vorjahr der *Lebensmittel-einzelhandel* ab. Seine Umsätze nahmen gegen April um 6% zu (im Durchschnitt der Vergleichsjahre um 4%) und waren um 17% (real um etwa 18%, vor allem dank der Verbilligung von Obst, Gemüse, Kartoffeln, Hülsenfrüchten) höher als vor einem Jahr, während die Zuwachsrate in den ersten vier Monaten nur 8% (7%) betrug. Diese Entwicklung hängt teilweise mit der erstmaligen Auszahlung einer halben vierzehnten Rente im Mai zusammen, die wahrscheinlich zum größten Teil für Nahrungsmittelkäufe verwendet wurde, zum Teil aber auch damit, daß der 1. Juni Feiertag war und der Bedarf für diesen Tag bereits im Mai gedeckt wurde. Auch die Monateinkäufe, die vielfach am 1. getätigt werden, wurden wahrscheinlich vorverlegt. Schließlich dürfte die sprunghafte Zunahme des Ausländer-Fremdenverkehrs ebenfalls etwas zu dieser Entwicklung beigetragen haben<sup>1)</sup>.

Überdurchschnittlich hoch war auch die Zuwachsrate der Umsätze von *Tabakwaren*. Die Tabakregie erzielte im Mai um 23%, von Jänner bis April nur um 14% höhere Erlöse als im Vorjahr. Real stieg der Zuwachs von 4% auf 13%. Für diese

<sup>1)</sup> Im Mai wurden 137 Mill. Ausländerübernachtungen gezählt, um 0,4 Mill. oder 42% mehr als im Vorjahr. Demgegenüber betrug der Zuwachs in den ersten vier Monaten nur 19%.

Entwicklung dürften ähnliche Faktoren wie im Lebensmittelhandel entscheidend gewesen sein. Vielleicht läßt aber auch die Reaktion der Konsumenten auf die Erhöhung der Zigarettenpreise im November 1960 mit der Zeit nach. Sie bestand zunächst in einer Einschränkung des mengenmäßigen Verbrauches von Zigaretten und in einem höheren Konsum von Rauchtobak und Zigarren. Von November 1960 bis April 1961 wurden um 5% weniger Zigaretten, um 5% mehr Zigarren und um 7% mehr Rauchtobak verkauft als vor einem Jahr. In der Zeit von Jänner bis Oktober 1960 dagegen war der Absatz von Zigaretten um 3% höher als im Vorjahr, der von Zigarren aber um 3% und von Rauchtobak sogar um 8% geringer.

Die Verkäufe von *Einrichtungsgegenständen und Hausrat* waren um 14% höher als im April (in den Vergleichsjahren um 4%, je Verkaufstag um 15%), aber nur um 11% höher als im Vorjahr, gegen 15% im Durchschnitt der Monate Jänner bis April. Die reale Zuwachsrate hat sich sogar von 11% auf 6% verringert. Die Nachfrage nach Möbeln hat zwar noch immer relativ am stärksten gegen das Vorjahr zugenommen (+11%), der Zuwachs war jedoch weitaus geringer als in den Monaten vorher (+21%). Die neuerliche Preiserhöhung hat wahrscheinlich die Kauflust gedämpft. Hausrat, Glas, Porzellan wurden real um 8%, Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe um 3% mehr, Elektrowaren um 2% weniger verkauft als im Vorjahr. Von Jänner bis April wurden dagegen Zuwachsraten von 14%, 7% und 4% erzielt.

Auch der Geschäftsgang der unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Branchen war relativ schwach. Insgesamt waren die Umsätze um 3% (real um 1%) höher als im Vorjahr, wogegen sie von Jänner bis April um 14% (12%) darüber lagen. Nur Parfümeriewaren gingen besser als in den Monaten vorher. Ihre Umsätze waren um 17% (real um etwa 14%) höher als im Vorjahr, gegen 11% (9%) von Jänner bis April.

Obwohl der frühe Pfingsttermin gerade die Nachfrage nach *Bekleidung* hätte begünstigen sollen, schnitt diese Branche schlechter ab als in den Vormonaten. Die Umsätze nahmen nur um 7% zu (in den Vergleichsmonaten um 21%, je Verkaufstag sogar um 34%) und lagen um 5% (real nur um 3%) über dem Vorjahr, gegen 9% (7%) in den Monaten vorher. Das kühle und feuchte Wetter im Mai hat die Käufe von Sommerwaren beeinträchtigt. Vielleicht wurden aber auch verschiedene Anschaffungen bereits im März, als es außergewöhnlich warm war, vorweggenommen. Textilien gingen

## Einzelhandelsumsätze nach Branchen

Branchengruppe bzw. Branche <sup>1)</sup>	Mai gegen April Ø 1956/1959		1961 gegen 1960	
	insges.	je Ver- kaufstag	Mai	Jänner bis April
	Veränderung in %			
Nahrungs- und Genußmittel	+ 5,5	+ 4,0	+15,4	+17,3
Tabakwaren	+13,1	+ 7,1	+18,6	+23,1
Bekleidung	+ 6,8	+21,2	+34,4	+ 5,2
Textilien	+ 5,8	+22,1	+35,9	+ 3,1
Schuhe	+ 7,5	+30,1	+43,8	+ 7,9
Wohnungseinrichtung und Hausrat	+14,2	+ 3,9	+15,1	+11,3
Möbel	+15,0	+ 4,4	+15,6	+15,7
Teppiche, Möbel- u. Vorhangstoffe	+14,7	+ 8,9	+21,0	+ 5,8
Hausrat, Glas, Porzellan	+22,5	+14,5	+26,7	+18,4
Elektrowaren	+ 7,6	- 4,8	+ 5,6	+ 1,1
Sonstiges	+ 5,5	+ 8,2	+20,1	+ 3,1
Fahrzeuge	- 5,6	+10,0	+22,3	-15,2
Photoartikel	+10,5	+17,8	+30,5	+ 6,2
Lederwaren	+14,9	+36,4	+51,1	+ 7,5
Parfümerie- und Drogeriewaren	+ 8,2	+ 8,9	+20,7	+17,0
Papierwaren	- 6,6	-11,2	- 1,9	+ 4,7
Bücher	+ 8,7	-11,6	- 1,8	- 9,5
Uhren und Schmuckwaren	+25,9	+28,3	+43,0	+ 2,6
Einzelhandel insgesamt	+ 7,3	+ 8,0	+19,7	+12,8
Dauerhafte Konsumgüter	+11,8	+ 5,1	+16,6	+ 5,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 6,5	+ 8,4	+20,5	+14,1

<sup>1)</sup> Aufgliederung nach Untergruppen nur für den Fachhandel.

im allgemeinen schwächer (+3%) als Schuhe (+8%), während im Durchschnitt der Vormonate die Umsatzzunahme seit dem Vorjahr annähernd gleich war.

Dank dem lebhaften Absatz in den letzten Monaten disponierte der Einzelhandel im Mai weiterhin ziemlich großzügig. In der überwiegenden Zahl der Branchen meldeten gegen den Vormonat mehr Firmen steigende und weniger Firmen sinkende Wareneingänge und Bestellungen als im Mai 1959, der saisonal relativ gut vergleichbar ist. Nur im Handel mit Lederwaren, Möbeln, Fotoartikeln waren die Einkäufe etwas vorsichtiger.

Die Eingänge an Umsatzsteuer waren im Mai relativ schwach. Der Bruttoertrag (einschließlich Rückvergütung für Ausfuhrlieferungen) ging um 9% zurück (im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1960 hatte er um 1% zugenommen) und war um 3% höher als im Vorjahr (von Jänner bis April um 15%). Da die Rückvergütung für Ausfuhrlieferungen höher war als im April, aber geringer als im Vorjahr, nahm der Nettoertrag um 13% ab (im Durchschnitt der Vorjahre nur um 4%) und war um 8% höher als im Vorjahr (von Jänner bis April um 14%).

An Verbrauchsteuern gingen im Mai 365 Mill. S ein, um 16% mehr als im Vormonat und um 28% mehr als im Vorjahr. Zwar brachten Tabak-, Bier- und Weinsteuer sowie der Branntweinaufschlag weniger ein als im April, dieser Rückgang wurde jedoch vor allem durch die höheren Einnahmen aus der Mineralölsteuer überkompensiert. Gegen das

Vorjahr ist nur der Ertrag der Weinsteuer um 8% gesunken, während die übrigen Verbrauchsteuern um 2% (Biersteuer) bis 54% (Mineralölsteuer) mehr einbrachten.

## Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7 I bis 7 IS

Die Saisonbelegung des Arbeitsmarktes war im Juni, wie erwartet werden konnte, nur noch sehr schwach; sie war wie immer geringer als im Mai und neuerlich schwächer als im gleichen Vorjahresmonat. Die Zahl der Beschäftigten stieg nur um 6.300 gegen 11.000 im Juni 1960 und 17.700 im Juni 1959<sup>1)</sup>. Die Zahl der Arbeitsuchenden sank um 5.600 gegen 8.600 und 13.100 im Juni der beiden Vorjahre. Zur Jahresmitte hatte die Beschäftigung mit knapp 2<sup>1</sup>/<sub>3</sub> Mill. den vorjährigen Höchststand (August 1960: 2.346.300) noch nicht erreicht, war aber um 26.900 (1,2%) höher als Mitte 1960. Die Arbeitslosigkeit, die schon im Mai den tiefsten Stand des Vorjahres (August 1960: 44.300) unterschritten hatte, war Ende Juni mit 37.800 sogar etwas niedriger als im September des Inflationsjahres 1947 (39.800) und damit die bisher geringste der Nachkriegszeit. Sie lag um 10.200 oder 21,3% unter der von Juni 1960. In den nächsten Monaten wird sie voraussichtlich noch etwas sinken. Das Stellenangebot der Arbeitsämter nahm im Mai saisonbedingt, aber nur sehr wenig, ab und im Juni gleichfalls saisonbedingt, aber sehr stark zu. In der Regel wird im April das höchste Stellenangebot des Jahres erreicht. Heuer boten jedoch die Arbeits-

## Der Arbeitsmarkt im Mai und Juni

Jahr, Monat	Beschäftigte		Arbeitsuchende		Offene Stellen	
	Ver- änderung gegen Vormonat	Stand zu Monats- ende	Ver- änderung gegen Vormonat	Stand zu Monats- ende	Ver- änderung gegen Vormonat	Stand zu Monats- ende
in 1 000						
1955 V	+52,4	2.095,6	-33,5	87,2	-2,0	29,8
VI	+19,8	2.115,4	-10,7	76,6	+0,7	30,6
1956 V	+45,9	2.152,1	-29,0	87,3	-4,9	24,7
VI	+26,8	2.178,9	-13,7	73,6	+1,7	26,4
1957 V	+32,6	2.198,2	-24,6	82,5	-3,3	23,4
VI	+16,8	2.215,0	-11,6	70,9	+0,7	24,0
1958 V	+44,4	2.220,1	-36,2	88,1	-4,7	25,3
VI	+19,5	2.239,7	-12,0	76,1	-0,6	24,7
1959 V	+27,8	2.252,6	-22,3	78,1	-4,3	27,5
VI	+17,7	2.270,3	-13,1	65,1	+1,1	28,6
1960 V	+27,9	2.294,1	-18,2	56,6	-3,1	40,4
VI	+11,0	2.305,2	- 8,6	48,0	+0,6	41,0
1961 V	+ 9,4	2.325,8	-11,5	43,4	-0,9	49,3
VI <sup>1)</sup>	+ 6,3	2.332,1	- 5,6	37,8	+2,0	51,3

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen.

<sup>1)</sup> Alle Zahlen für Juni 1961 sind vorläufig

ämter Ende Juni 51.300 Stellen an, um 1.100 mehr als Ende April und um 10.300 (25,1%) mehr als ein Jahr vorher. Ende Mai waren auf je 100 offene Stellen 88 Arbeitsuchende entfallen, Ende Juni 74 (im Vorjahr 140 und 117).

Das statistisch erfaßte *Arbeitskräfteangebot* nahm im Mai saisonwidrig um 2.300 (0,1%) auf 2,369.600 ab und stieg saisonbedingt im Juni, aber sehr schwach, um 600 auf 2,370.200. Ende April waren um 29.900 (1,3%), Ende Mai um 18.000 (0,8%) und Ende Juni um 16.200 Arbeitskräfte mehr verfügbar als ein Jahr vorher. Die saisonwidrige Abnahme des Arbeitskräfteangebotes im Mai betraf nur Frauen und dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß Mütter, die nach der Geburt eines Kindes Karenzurlaubsgeld beziehen, jedoch in keinem Dienstverhältnis stehen, aus der Beschäftigungsstatistik ausgesondert wurden. Die Zahl der Karenzurlaubsgeldempfängerinnen sank von 9.300 Ende April auf 4.900 Ende Mai<sup>1)</sup>.

### Das Arbeitskräfteangebot im Mai und Juni

Monat	Veränderung gegen Vormonat	Insgesamt Stand zu Monatsende	Veränderung gegen Vorjahr	davon Frauen		
				Veränderung gegen Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegen Vorjahr
Mai	-2,3	2 369 6	+18 0	-5,5	865 9	+11 8
Juni <sup>2)</sup>	+0,6	2 370 2	+16 2			

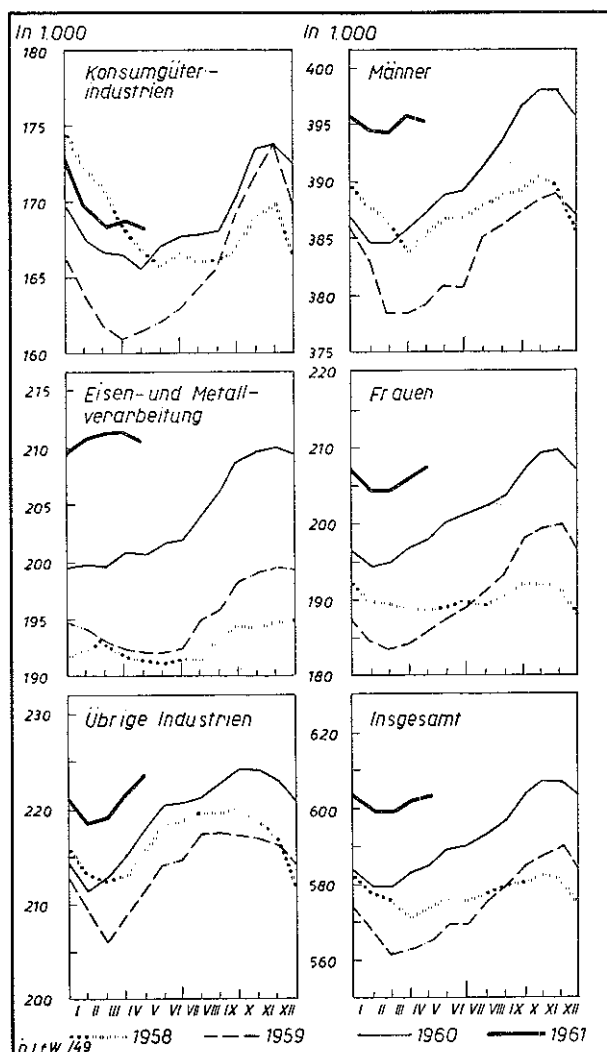
Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — <sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Mai um 9.400 (0,4%) auf 2,325.800 und im Juni um 6.300 auf 2,332.100. Sie war Ende April um 50.100 (2,2%), Ende Mai um 31.700 (1,4%) und Ende Juni um 26.900 höher als im Vorjahr. Aus dem oben angeführten Grund — Aussonderung von Karenzurlaubberinnen aus der Beschäftigungsstatistik — war vor allem die Zunahme der Frauenbeschäftigung im Mai sehr gering; sie betrug nur 2.500, kaum ein Viertel der Zunahmen von 11.000 und 10.900 im Mai der beiden Vorjahre. Die Männerbeschäftigung stieg um 6.800 gegen je 16.900 in den beiden Vorjahren, also um mehr als ein Drittel der früheren Zunahmen.

Die *Industrie* gewann im März wie im April weniger Arbeitskräfte als im Vorjahr. Schon im März waren es nur 2.600 gewesen gegen 3.300 im März 1960; im April betrug die Zunahme kaum noch die Hälfte der vorjährigen, 1.000 gegen 2.200 im April 1960. Die Mehrbeschäftigung gegen das Vorjahr, die Ende Februar mit 19.600 (3,4%) ein Maximum erreicht hatte, sank daher im März auf 18.900 (3,2%) und im April auf 17.800 (3,0%). Die

<sup>1)</sup> Siehe auch Monatsberichte Jg. 1961, Heft 5, S. 259

### Die Industriebeschäftigung im Frühjahr 1961 (Normaler Maßstab; in 1.000 Personen)



*Traditionelle Konsumgüterindustrien sowie Eisen- und Metallverarbeitung erhöhten im März ihre Beschäftigung entgegen dem normalen Saisonverlauf, gaben aber im April Arbeitskräfte ab. Die übrige Industrie stellte im März und vor allem im April weniger Arbeitnehmer ein als 1959 und 1960. Die ungünstigere Entwicklung im April ist vermutlich auf den Mangel an männlichen Arbeitskraftreserven und die Einberufungen zum Bundesheer zurückzuführen. Die Männerbeschäftigung ging im April saisonwidrig leicht zurück, doch wurden mehr Frauen eingestellt als im Vorjahr. Insgesamt steigt die Industriebeschäftigung seit Februar schwächer als 1959 und 1960.*

Zahl der Männer in der Industrie nahm im April sogar saisonwidrig leicht ab, um 300, während sie sich im April 1960 noch um 1.400 und im April 1959 um 800 erhöht hatte. Die Frauenbeschäftigung hingegen stieg stärker als im Vorjahr, um 1.300 gegen 700, aber 1.600 vor zwei Jahren. Mit 395.500 Männern wurden Ende April um 8.300 (2,2%) mehr beschäftigt als ein Jahr vorher (Ende März um

10.000, Ende Februar um 9.900 mehr) Die Frauenbeschäftigung war mit 207.100 Ende April um 9.400 (4,8%) größer als ein Jahr vorher, Ende März um 8.900 und Ende Februar um 9.700.

Die leichte saisonwidrige Abnahme der Männerbeschäftigung im April ist vermutlich auf das Zusammenwirken von zwei Faktoren zurückzuführen. Einerseits sind nur noch verhältnismäßig wenige männliche Arbeitskräfte frei, die die Industriebetriebe einstellen können. Die Neuaufnahmen reichten daher nicht aus, den Verlust an Arbeitskräften, der andererseits durch Einberufungen zum Bundesheer entstand, voll wettzumachen. Natürlich wurden in erster Linie Industriezweige betroffen, die hauptsächlich Männer beschäftigen. So gaben z. B. alle sechs Zweige der Eisen- und Metallverarbeitung im April Arbeitskräfte ab, insbesondere die Fahrzeugindustrie und die Elektroindustrie, in geringerem Umfange auch der Maschinen-, Stahl- und Eisenbau sowie die Eisenwaren- und Metallwarenindustrie. Frauen wurden jedoch von diesen Industriezweigen mit Ausnahme der Metallindustrie und der Elektroindustrie noch aufgenommen. Auch in der Beschäftigungsentwicklung anderer

Wirtschaftszweige zeigt sich im April der Mangel an freien männlichen Arbeitskräften. So gewann z. B. die Stein- und keramische Industrie, die im März noch ungefähr so viele Arbeitnehmer einstellen konnte wie im März des Vorjahres, im April nur noch 2.200 Arbeitskräfte gegen 2.700 im April 1960 und 3.100 im April 1959. Darunter waren 1.300 Männer gegen je 2.000 ein Jahr und zwei Jahre vorher.

Die Zahl der *Arbeitsuchenden* sank im Mai um 11.500 (20,9%) auf 43.400 und im Juni um 5.600 (13,0%) auf 37.800. Ende Mai waren um 13.200 (23,3%), zur Jahresmitte um 10.200 (21,3%) weniger Arbeitsuchende zur Vermittlung vorgemerkt als im Vorjahr und Ende Juni auch schon um 6.500 weniger als im August 1960 und um 2.000 weniger als im bisher tiefsten Stand der Nachkriegszeit, im September 1947 (39.800). Die Rate der Arbeitslosigkeit, gleichfalls die niedrigste der Nachkriegszeit, sank schon im Mai auf 1,8% und im Juni auf 1,6%. (Im Vorjahr betrug sie 2,4% und 2,1%.)

Im *Mai* nahm die Arbeitslosigkeit für Männer und Frauen, sowie in fast allen Berufsklassen und Bundesländern weniger ab als im Mai 1960 und meist auch viel weniger als im Mai früherer Jahre. Nur in einigen Berufsklassen, den Papierarbeitern, den graphischen Arbeitern, den Chemiearbeitern und zwei kleinen Angestelltengruppen fanden etwas mehr Arbeitsuchende Beschäftigung als im Mai 1960 und nur in einem einzigen Bundesland, in Vorarlberg.

Im *Juni* sank die Arbeitslosigkeit ebenfalls weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Die Männerarbeitslosigkeit ging nur noch um 1.100 (gegen 2.400 und 5.000 im Juni 1960 und 1959) auf 14.600 zurück. Sie hat damit erstmals den Tiefststand des Vorjahres (August 1960: 15.200) unterschritten und ist nunmehr auch die niedrigste seit Kriegsende. Die Frauenarbeitslosigkeit sank im Juni um 4.500 (gegen 6.300 und 8.000 in den beiden Vorjahren) auf 23.200; sie lag schon im Mai unter dem tiefsten Vorjahresstand (August 1960: 29.200) und war Ende Juni die niedrigste seit Oktober 1948. Von Mitte 1960 bis Mitte 1961 war der Rückgang der Männerarbeitslosigkeit um 1.700 oder 10,7% bedeutend schwächer als der der Frauenarbeitslosigkeit um 8.500 oder 26,7%.

Soweit schon Meldungen für einzelne Berufsklassen vorliegen, nahm die Arbeitslosigkeit im Juni nur unter den Bekleidungsarbeitern stärker ab als im Juni 1960 (aber doch weniger als 1959), in den

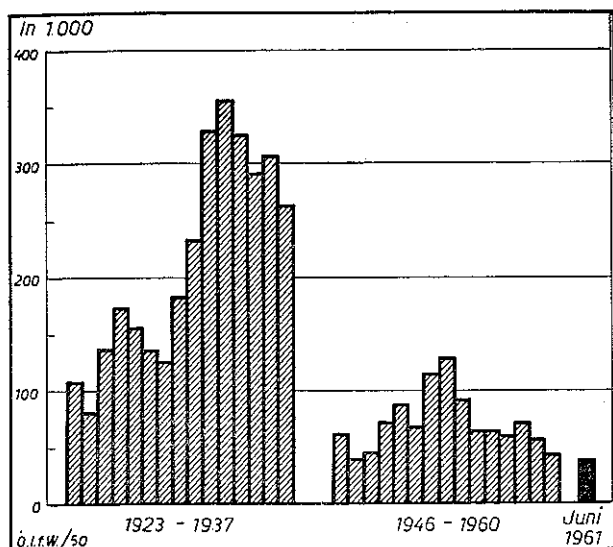
### Die Industriebeschäftigung im März und April

Industriezweig	März			April		
	Ver- änderung gegen Vormonat	Stand zu Monat ende	Ver- änderung gegen Vorjahr in %	Ver- änderung gegen Vormonat	Stand zu Monat ende	Ver- änderung gegen Vorjahr in %
<b>Traditionelle</b>						
Konsumgüterindustrien	+ 185	168.729	+ 1,3	- 431	168.298	+ 1,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	- 179	47.144	+ 1,7	- 63	47.081	+ 1,7
Ledererzeugung	+ 93	3.031	- 3,3	+ 6	3.037	- 4,5
Lederverarbeitung	+ 246	15.732	+ 2,6	+ 32	15.764	+ 3,8
Textilindustrie	- 73	74.091	- 0,1	- 317	73.774	+ 0,2
Bekleidungsindustrie	+ 98	28.731	+ 3,9	- 89	28.642	+ 3,6
<b>Eisen- und</b>						
Metallverarbeitung	+ 165	211.368	+ 5,2	- 861	210.507	+ 4,9
Gießereindustrie	- 22	12.476	+14,5	- 23	12.453	+14,0
Metallindustrie	+ 66	9.264	+ 5,8	- 24	9.240	+ 5,5
Maschinen-, Stahl- und Eisenbau	+ 373	66.260	+ 6,4	- 149	66.111	+ 6,4
Fahrzeugindustrie	- 82	25.375	+ 1,3	- 277	25.098	+ 0,3
Eisen- und Metallwarenindustrie	- 322	46.449	+ 0,9	- 131	46.318	+ 0,9
Elektroindustrie	+ 152	51.544	+ 7,7	- 257	51.287	+ 7,0
<b>Übrige Industrien</b>	<b>+2.290</b>	<b>221.487</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>+2.336</b>	<b>223.823</b>	<b>+ 2,5</b>
Bergwerke und eisenerzeugende Industrie	+ 127	71.446	+ 3,2	+ 130	71.576	+ 3,1
Erdölindustrie	- 259	9.139	- 8,8	- 5	9.134	- 8,5
Stein- u. Keramikindustrie	+2.046	30.808	+ 5,3	+2.245	33.053	+ 3,3
Glasindustrie	+ 139	10.087	+ 0,3	- 73	10.014	- 0,3
Chemische Industrie	+ 183	46.242	+ 3,4	+ 139	46.381	+ 3,2
Papier- und pappe- erzeugende Industrie	- 274	21.221	- 0,1	- 49	21.172	- 0,8
Papierverarb. Industrie	+ 290	9.123	+ 7,0	- 10	9.113	+ 8,0
Filmindustrie	± 0	360	± 0	± 0	360	± 0
Holzverarb. Industrie	+ 38	23.061	+ 6,1	- 41	23.020	+ 5,7
<b>Insgesamt</b>	<b>+2.640</b>	<b>601.584</b>	<b>+ 3,2</b>	<b>+1.044</b>	<b>602.628</b>	<b>+ 3,0</b>
Männer	+1.271	395.815	+ 2,6	- 293	395.522	+ 2,2
Frauen	+1.369	205.769	+ 4,5	+1.337	207.106	+ 4,8

Q: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie); laufend meldende Betriebe.

### Die Saisontiefstände der österreichischen Arbeitslosigkeit vor und nach dem Krieg

(Normaler Maßstab; in 1.000 Personen)



Seit dem zweiten Weltkrieg ist die Zahl der Arbeitssuchenden viel geringer als vorher, obwohl damals der Kreis der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten kleiner war und außerdem eine bedeutende „versteckte“ Arbeitslosigkeit bestand. Heuer gab es schon zur Jahresmitte nur 37 800 Arbeitssuchende, kaum halb so viele wie 1924 (79 600), dem niedrigsten Stand der Vorkriegszeit seit Beendigung der galoppierenden Inflation im Jahre 1922, und fast nur ein Zehntel des Saisontiefstandes im September 1933 (354 900). In der Nachkriegszeit war sogar im Inflationsjahr 1947 (39 800) die Arbeitslosigkeit etwas höher als Mitte 1961. Selbst im Konjunkturrückschlag 1953 (129 200) war sie kaum größer als im Saisontiefstand des Vorkriegskonjunkturjahres 1929 (124 000).

übrigen elf Berufsklassen und in der Gruppe „Sonstige“ hingegen schwächer.

Die Zahl der zur Vermittlung vorgemerkten Arbeitssuchenden ist heuer nicht nur tiefer als in irgend einem Zeitpunkt seit Anfang 1946 (für 1945 gibt es keine gesamtösterreichischen Arbeitslosen-zahlen), sondern auch niedriger als in der ersten Republik seit dem Inflationsjahr 1922. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Kreis der von der Arbeitslosenversicherung erfaßten Personen vor dem Zweiten Weltkrieg bedeutend enger gezogen war als jetzt; überdies gab es — wie stets in Zeiten großer Massenarbeitslosigkeit — neben der statistisch erfaßten Zahl der Arbeitssuchenden auch eine statistisch nicht erfaßte „versteckte“ Arbeitslosigkeit; die sich im Durchschnitt 1937 nach neueren Berechnungen des Institutes in der Größenordnung von 220.000 bewegt haben dürfte.

Selbst 1924, im günstigsten der in der nachstehenden Übersicht angeführten Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg, war die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitssuchenden im Saisontiefstand mit 79 600

mehr als doppelt so hoch wie im Juni 1961 (37 800). Im ungünstigsten Jahr, 1933, betrug sie sogar 354 900, mehr als das Neunfache des gegenwärtigen Standes, und im Winter vorher hatte die Spitze der Arbeitslosigkeit sogar 480 100 erreicht.

### Die zur Vermittlung vorgemerkten Arbeitssuchenden in der ersten und zweiten Republik

Jahr	Höchststand im Winter	Jahresdurchschnitt	Tiefstand im Sommer bzw. Herbst	Jahr	Höchststand im Winter	Jahresdurchschnitt	Tiefstand im Sommer bzw. Herbst
1923	202,3	143,3	109,3	1946	84,1	74,1	61,2
1924	143,7	115,0	79,6	1947	73,6	52,8	39,8
1925	211,3	171,3	136,1	1948	50,1	54,6	45,9
1926	253,8	202,1	173,2	1949	138,7	100,1	71,7
1927	276,0	200,1	154,0	1950	196,4	129,0	88,1
1928	260,0	182,4	135,6	1951	220,8	117,7	68,3
1929	293,4	192,1	124,0	1952	215,1	158,0	115,8
1930	318,1	242,6	179,6	1953	285,3	184,6	129,2
1931	377,3	300,6	231,2	1954	305,2	164,8	91,8
1932	427,2	378,0	327,5	1955	230,5	121,8	65,4
1933	480,1	405,7	354,9	1956	224,0	120,2	65,3
1934	440,3	370,2	325,5	1957	219,1	112,9	61,9
1935	424,5	348,7	289,9	1958	213,2	123,9	71,3
1936	415,8	349,7	304,0	1959	227,9	113,1	58,8
1937	407,5	321,0	261,8	1960	195,4	88,0	44,3
				1961	153,0		37,8 <sup>2)</sup>

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung und andere — <sup>1)</sup> Bisher tiefster Stand der sich in den nächsten Monaten voraussichtlich noch verringern wird

Das Stellenangebot der Arbeitsämter sank im Mai um 900 (1 8%) auf 49 300 und stieg im Juni um 2 000 (4 0%) auf 51 300. Beide Bewegungen entsprachen dem normalen Saisonverlauf, doch war die Abnahme im Mai (die vor einem Jahr 3 100 und vor zwei Jahren 4 300 betragen hatte) besonders gering, die Zunahme im Juni (600 und 1 100 in den beiden Vorjahren) besonders stark. Ende April boten die Arbeitsämter um 6 800 (15 6%) Arbeitsplätze mehr an als 1960, Ende Mai um 8 900 (22 1%) und Ende Juni um 10 300 (25 1%). Entgegen der üblichen Entwicklung war heuer das Stellenangebot Ende Juni (um 1 100) höher als Ende April.

Die geringe Abnahme im Mai ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der offenen Stellen für Frauen weniger sank als in den Vorjahren, um 1 900 (gegen 2 200 und 3 400 im Mai 1960 und 1959), während sich das Stellenangebot für Männer (das in den beiden Vorjahren um je 900 abgenommen hatte) saisonwidrig um 1 000 erhöhte. Entgegen dem Saisonverlauf stieg im Mai die Nachfrage nach Bauarbeitern, die sich allerdings im März und April ungünstig entwickelt hatte und unter dem Vorjahresniveau lag. Dagegen nahm — gleichfalls saisonwidrig — die Nachfrage nach Hotel- und Gaststättenarbeitern, die in den Vormonaten sehr stark gestiegen war, im Mai etwas ab.

Im Juni erhöhte sich das Stellenangebot für Männer neuerlich um 2.000 auf 35.100 und war zur Jahresmitte um 5.900 (20,3%) höher als Mitte 1960. Die Zahl der offenen Stellen für Frauen, die sonst im Juni abnimmt, blieb unverändert und war mit 16.200 um 4.400 oder 36,9% größer als Ende 1960. Auf je 100 offene Stellen entfielen Mitte 1961 74 Arbeitsuchende (Männer 42, Frauen 143) gegen 88 (48, 171) im Vormonat und 117 (56, 267) im Vorjahr. Umgekehrt wurden je 100 Arbeitsuchenden Ende Juni von den Arbeitsämtern 136 (240, 70) freie Arbeitsplätze angeboten gegen 113 (210, 58) im Vormonat und 85 (178, 37) im Juni 1960.

Auf dem *Lehrstellenmarkt* wird sich die Lage im Herbst voraussichtlich etwas entspannen. Der Schulentlassenenjahrgang 1961 ist größer als der vorjährige. Die Zahl der verfügbaren Lehrstellensuchenden war zwar Ende Mai mit nur 900 neuerlich kleiner als im Vorjahr (1.500), die Zahl der bei den Berufsberatungen zwecks Lehrstellensuche vorgemerkten Burschen und Mädchen aber schon seit Jänner höher. Sie betrug Ende Mai 30.800 (19.400 Burschen, 11.400 Mädchen) gegen 23.200 (14.700, 8.500) im Mai 1960.

## Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Die Leistungen des *Güterverkehrs* entwickelten sich im Mai saisonüblich. Im Bahnverkehr blieb die Zahl der *n-t-km* mit 677 Mill. geringfügig unter dem Vormonat, da die Durchfuhr von 131 Mill. *n-t-km* auf 107 Mill. *n-t-km* zurückging. Die Verladetätigkeit der Wirtschaft im Binnenverkehr und Export war hingegen lebhafter als im April; der Wagenbedarf stieg um knapp 7%, insbesondere für Transporte von Nahrungsmitteln, Papier, Baustoffen und Erzen. Infolge der geringeren Zahl von Ar-

beitstagen (Pfingsten) waren die Transportleistungen der ÖBB etwas geringer als im Vorjahr. Stark rückläufig waren vor allem die Transporte von Kohle (-15%) und Holz (-18%).

Der Schiffsverkehr auf der Donau nahm gegen April um 8% auf 541.601 t zu, blieb jedoch unter dem Vorjahresergebnis. Hauptsächlich sind die Kohlentransporte (141.000 t gegen 109.000 t) gestiegen — gegen das Vorjahr um 24% —, so daß eine Verlagerung von der Bahn auf den Donauweg wahrscheinlich ist. Der Verkehr Österreichs mit den Oststaaten nahm gegen April um 15% und seit dem Vorjahr um 48% zu, während der Inlandsverkehr und die Transporte mit dem Westen niedriger waren als 1960.

Die Lufttransporte von Fracht- und Postgut erreichten im Österreichverkehr 339 t gegen 294 t im Vorjahr. In der Durchfuhr wurden 281 t (216 t) befördert.

Der *Personenverkehr* war entsprechend dem jahreszeitlichen Verlauf sehr lebhaft. Die Bahnleistungen waren sowohl gegen April wie gegen das Vorjahr 9% höher. Im Überland-Linienverkehr auf der Straße wurden 13,0 Mill. Personen befördert. Die Leistung blieb wieder wie schon in den Monaten vorher unter dem Vorjahresniveau. Es scheint, daß die Motorisierung des Individualverkehrs gegenwärtig den Omnibusverkehr stärker trifft als die Bahn. Da im Omnibusverkehr die Berufsfahrten zur Arbeitsstätte einen weitaus höheren Anteil haben als bei der Bahn, dürfte sich die Motorisierung insbesondere in den ländlichen Gebieten stärker auswirken. Die Zulassung neuer Personenkraftwagen betrug im Mai 7.372 Einheiten und waren wie bereits im April niedriger als 1960. Auch die Zulassungen von Jänner bis Mai (34.617 Pkw) blieben um rd. 200 Einheiten unter denen des Vorjahres. Daraus eine tendenzielle Abschwächung der Motorisierung ableiten zu wollen, wäre jedoch etwas verfrüht. Der Pkw-Markt ist viel zu stark den modisch und technisch beeinflussten Käuferwünschen unterworfen, als daß man aus so kurzen Zeitspannen Rückschlüsse ziehen könnte.

Im Luftverkehr hielt die Expansion an. Es wurden im Österreichverkehr 43.738 Personen und im Transit 7.337 Personen befördert, um je 12% mehr als im Vorjahr.

### ERP-Kredite für den Fremdenverkehr

#### Bisherige Kreditpolitik

Die Übergabe der Verwaltung der Counterpartmittel an Österreich wird voraussichtlich auch die ERP-Kreditpolitik beeinflussen. Es ist daher an-

### Wagenstellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspur)

	Mai 1961	Veränderung in %		je Arbeitstag gegen Vormonat
		Monatsergebnis gegen Vorjahr	Vormonat	
Insgesamt	178.274	- 15	+ 6,8	+ 6,8
davon				
Kohle	12.688	-15,3	+ 1,8	+ 1,8
Holz	16.210	-18,3	- 0,7	- 0,7
Baustoffe	30.624	- 1,9	+ 9,0	+ 9,0
Eisen	13.750	- 1,4	+ 3,9	+ 3,9
Papier	6.199	- 2,5	+ 9,0	+ 9,0
Erze	9.610	+ 1,2	+ 8,4	+ 8,4
Kunstdünger	5.141	+58,2	+ 5,8	+ 5,8
Nahrungsmittel	10.941	+10,8	+14,4	+14,4
Stückgut	34.355	+ 0,5	+ 2,0	+ 2,0
Sammelgut	5.888	- 3,4	+ 4,0	+ 4,0
Zuckerrübe	—	—	—	—
Anderer	32.868	+ 3,7	+15,5	+15,5



gebracht, die bisherige Politik und den gegenwärtigen Stand der ERP-Kredite für den Fremdenverkehr zu zeigen.

Die ERP-Kredite haben unter den öffentlichen Finanzierungsquellen des Fremdenverkehrs den größten Anteil. Außerdem erhielt er noch Kreditmittel aus der sogenannten Bankenaktion und den SAC-Anleihemitteln. Die Bankenaktion wurde 1954 zum Wiederaufbau frei gewordener Besatzungsbetriebe gestartet und ist eine Vorfinanzierung zu den üblichen ERP-Kreditbedingungen mit Hilfe von Bankkrediten, die vom Bund innerhalb von 5 Jahren mit einem Zinssatz von 6% zurückgezahlt werden. Der mit 150 Mill. S festgesetzte Rahmenbetrag wurde bis zum 31. März 1961 zu 94.4 Mill. S ausgenutzt. Die beanspruchten SAC (Surplus Agricultural Commodities) Anleihemittel — eine Fortsetzung der ERP-Aktion mit Hilfe landwirtschaftlicher Überschußgüter aus den USA — erreichten im Fremdenverkehr Ende März 33.6 Mill. S.

### Auszahlungsermächtigungen auf ERP-Kredite (Ohne Bankenaktion und SAC-Mittel)

Ende	Hotellerie	Kumuliert Verkehr	Insges <sup>1)</sup> Mill. S	Hotellerie	Jährlich Verkehr	Insges <sup>1)</sup>
1951	214.7	33.8	271.7	214.7	33.8	271.2
1952	239.3	35.8	297.8	24.6	2.0	26.6
1953	266.0	51.9	341.8	26.7	16.1	44.0
1954	302.8	60.1	386.8	36.8	8.2	45.0
1955	342.5	68.2	434.8	39.7	8.1	48.0
1956	417.3	106.9	548.3	74.8	38.7	113.5
1957	426.4	124.7	573.8	9.1	17.8	25.5
1958	492.6	146.4	661.6	66.2	21.7	87.8
1959	493.2	147.2	663.0	0.6	0.8	1.4
1960	539.7	179.8	745.1	46.5	32.6	82.1
1961 März	539.7	185.5	750.8	—	—	—

<sup>1)</sup> Einschließlich nicht aufteilbarer Kredite

Die eigentlichen ERP-Kredite für den Fremdenverkehr — sie werden seit Jahren aus den rückfließenden Amortisations- und Zinsbeträgen gespeist — betragen per Ende März dieses Jahres 842 Mill. S (Kreditbeschlüsse). Davon wurden für 750.8 Mill. S Auszahlungsermächtigungen gegeben und man kann annehmen, daß dieser Betrag auch investiert wurde. Die sachliche Aufteilung der Kredite erfolgte vor allem nach dem devisa-bringenden Charakter der geplanten Investitionen; später wurden diese amerikanischen Bestimmungen gelockert, so daß auch andere Betriebe einbezogen werden konnten. Von den Zahlungsermächtigungen erhielten bisher 540 Mill. S die Hotellerie, 185 Mill. S Verkehrsprojekte (Berglifte) und 2 Mill. S Bergbauernbetriebe; der Rest (24 Mill. S) entfällt auf Werbung und kleinere Subventionen.

Von den Kreditansuchen der Hotellerie wurden in erster Linie Erweiterungsinvestitionen und Modernisierungen bevorzugt, da die Kosten je neu

gewonnenem Bett viel niedriger sind als in Neubauten. Erst in den letzten Jahren konnten auch Neubauten berücksichtigt werden. Während von den bis Ende 1957 an die Hotellerie ausgeschütteten Krediten nur 22% für Neubauten gewährt wurden, waren es 1958 bis März 1961 bereits 55% (62 Mill. S von insgesamt 113.2 Mill. S Auszahlungsermächtigungen). Da auch aus den SAC-Anleihemitteln 24.1 Mill. S für Neubauten bewilligt wurden, liegt bei diesen gegenwärtig das Schwergewicht der Finanzierungshilfen. Bis Ende März 1961 kamen von den gesamten ERP-Investitionen in der Hotellerie (540 Mill. S) 29% und einschließlich der SAC-Mittel 35% auf Neubauten. Die Bemühungen, auch kleinere und nicht vorwiegend dem Ausländer-Fremdenverkehr dienende Betriebe einzubeziehen, fanden in zwei Kredithilfen ihren Ausdruck: der sogenannten „Preisbilligen Aktion“ und der „Aktion für sanitäre Anlagen“. Die mit 25.8 Mill. S und 7.5 Mill. S dotierten Finanzierungen sind jedoch praktisch abgeschlossen.

### Sachliche Gliederung der ERP-Kredite (Stand 31. März 1961)

	Auszahlungsermächtigungen		Zahl der Betriebe	
	Insgesamt	dav. Neubau	Insgesamt	dav. Neubau
	Mill. S			
1. Hotellerie				
ERP-Mittel	539.7	155.0	1.591	83
SAC-Mittel	33.6	24.1	5	3
Bankenaktion	94.4	—	55	—
2. Bergbauern (ERP)	2.0	—	—	—
1+2	669.7	179.1	1.651	86
3. Verkehrsbetriebe (ERP)	185.5	—	113	—
4. Nicht aufteilbare Beträge (ERP)	23.7	—	—	—
Insgesamt	878.8	179.1	1.764	86
davon ERP	750.8	155.0	1.704	83

Dank der ERP-Investitionen nahm die Beherbergungskapazität bis Ende März 1961 um rund 18.000 Betten zu, außerdem wurden 3.800 neue Bäder installiert. Die Modernisierung erstreckte sich auf eine Beherbergungskapazität von rund 35.000

### Regionale Verteilung der ERP-Kredite (Auszahlungen) (Stand 31. März 1961)

	ERP	SAC	Banken- aktion	Insgesamt		Zahl der Betriebe	
				Mill. S	Anteil in %		
Wien	53.3	33.6	34.9	121.8	13.9	3.2	59
Niederösterreich	58.3	—	12.2	70.5	8.0	4.3	258
Burgenland	20.3	—	2.0	22.3	2.5	—	38
Oberösterreich	57.3	—	3.8	61.1	7.0	22.6	146
Salzburg	134.0	—	14.4	148.4	16.9	35.6	242
Steiermark	61.1	—	0.6	61.7	7.0	15.5	233
Kärnten	50.1	—	8.9	59.0	6.7	0.5	226
Tirol	217.7	—	13.9	231.6	26.4	85.2	410
Vorarlberg	73.0	—	3.7	76.7	8.7	18.7	152
Bergbauern usw.	25.7	—	—	25.7	2.9	—	—
Insgesamt	750.8	33.6	94.4	878.8	100.0	185.5	1.764

Betten. Durch die Verlagerung auf Neubauinvestitionen sind die Kreditbeträge je Bett stark gestiegen. Sie betragen bis Ende 1957 rund 8 600 S, bis Ende März 1961 10 000 S und in den letzten drei Jahren allein aber 26 000 S.

Die *regionale* Verteilung der ERP-Kredite wird durch die Forderung, devisenbringende Investitionen zu begünstigen, bestimmt. Die von den Ausländern bevorzugten westlichen Bundesländer stehen daher in der Kreditzuteilung weit voran. So waren bis Ende März 1961 Tirol und Salzburg an den ERP-Auszahlungsermächtigungen zu 30% und 19% beteiligt, wobei im Verkehr die Quoten 46% und 19% und in der Hotellerie 25% und 18% betragen. Bis zum Staatsvertrag war vor allem die russische Besatzungszone mit einem Anteil von nur knapp 10% stark benachteiligt. In den folgenden Jahren (bis 1957) stiegen die jährlichen Anteile dieser Gebiete bis zu 50%. Einschließlich der Bankenaktion und der SAC-Anleihe, die zu 51% und fast 100% den Ostgebieten zugute kamen, sind die jährlichen Anteile noch höher. Dadurch konnten die östlichen Bundesgebiete bis Ende 1957 ihren Anteil an den bis dahin zugeteilten ERP-Mitteln auf 20% verdoppeln. Bis Ende März 1961 sank er allerdings auf 19%; einschließlich der beiden Sonderaktionen beträgt der Anteil gegenwärtig 25%.

### *Förderung der Strukturpolitik*

Die bisherige Verteilung der ERP-Kredite entsprach weitgehend der Forderung, mit den Investitionen vor allem die Zahlungsbilanz zu stützen. Für die zukünftige ERP-Kreditpolitik wäre jedoch zu überlegen, ob nicht auch soziologische und strukturelle Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden sollten. Gegenwärtig besteht die Gefahr, daß ERP-Kredite zu sehr von Investoren in Anspruch genommen werden, die ebensogut Bankkredite nehmen könnten. Dies gilt z. B. für alle erstklassigen Hotels in Wien, deren Preisniveau und Beschäftigungsgrad ohne weiteres auch einen Aus-, Um- oder Neubau auf dem üblichen Kreditweg erlauben. Das gilt aber auch für die gut verdienenden Betriebe in den westlichen Fremdenverkehrszentren, und zwar sowohl im Verkehrs- wie auch im Hotelsektor. Die Entwicklung der kommerziellen Kredite seit 1957, als ERP-Mittel nur sehr beschränkt zugeteilt wurden, zeigt, daß die Fremdenverkehrsbetriebe auch bereit sind, normale Kredite aufzunehmen. So betragen Ende März 1961 die bei den Kreditinstituten aushaftenden Kredite des Fremdenverkehrs 966 Mill. S gegen 443 Mill. S

Ende März 1958 (erstmaliger statistischer Ausweis für den Fremdenverkehr). Der Zuwachs von 523 Mill. S in drei Jahren — an ERP-Krediten (Auszahlungen) wurden in dieser Zeit 122 Mill. S zugeteilt — zeigt die Kreditwürdigkeit vieler Fremdenverkehrsbetriebe.

Dieser Veränderung sollte man bei der ERP-Planung Rechnung tragen und viel stärker als bisher Entwicklungsgebiete fördern. Dazu wäre wahrscheinlich eine Senkung des Zinsfußes notwendig, da in diesen Gebieten kleine, meist kreditscheue Betriebe vorherrschen, die zunächst auch eine Zinsbelastung von 5% nicht tragen können. Die Gebirgsbauernaktion steckt zwar voller Probleme, trotzdem ist der zur Zeit gesetzte Rahmen von 5 Mill. S viel zu klein, sofern man wirklich die Absicht hat, den Gebirgsbauern zu helfen und neue Beherbergungsmöglichkeiten zu schaffen. Freilich sind für derartige Kreditaktionen raumplanende Studien notwendig, da eine Sozialmaßnahme dieser Art nur dann vertretbar ist, wenn auch ein langfristiger wirtschaftlicher Erfolg zu erwarten ist. Man wird daher sowohl regional wie auch personell sehr sorgfältig auswählen müssen.

Weitere Investitionsmöglichkeiten ergeben sich in den von der österreichischen Fremdenverkehrspolitik geplanten „Ferienoasen“, kleinen, abseits der Verkehrsstraßen gelegenen Dörfern, wo jeder Durchzugsverkehr von Kraftfahrzeugen vermieden werden soll. Für diese Gebiete, in denen Ruhe und Erholung oberster Grundsatz ist, sollen Dauergäste gewonnen werden, insbesondere Familien, die mehrere Jahre hindurch ihren Urlaub in diesen Dörfern verbringen und wie früher einmal zu einem Teil der Dorfgemeinschaft werden. (In der Schweiz sind im Inländerverkehr diese Urlaubsgewohnheiten, wie sie früher auch in Österreich vorherrschten, heute noch häufig anzutreffen.) Auch in diesen Fällen dürfen keine devisenbringenden Kriterien für die Kreditvergabe maßgebend sein, sondern vor allem soziologische Überlegungen. Sie gelten der wirtschaftlichen Förderung des Dorfes und der Erstellung eines Urlaubsangebotes, das den medizinischen Forderungen entspricht, die an einen Erholungsaufenthalt gestellt werden, das die Geschlossenheit des Familienaufenthaltes — anstelle der individualisierenden Rundreisen — fördert und das schließlich auch den kaufkraftschwächeren Bevölkerungskreisen längere Familienaufenthalte ermöglicht. Die „Oasen“ sollen keine Luxusinseln sein, sondern Sommerfrische für jedermann; in Niederösterreich ebenso wie in Vorarlberg oder Kärnten.

Investitionsmöglichkeiten mit einer starken Breitenwirkung bestehen auch in Beihilfen zum Ausbau von Privatquartieren, insbesondere in Siedlungshäusern. Freilich müßten die Kredite mit bestimmten Bau- und Ausstattungsvorschriften und einer Verpflichtung zur Vermietung verknüpft sein. Dadurch wäre es gleichzeitig möglich, qualitative Mindestbedingungen zu schaffen und zur Erhöhung der Angebotsqualität beizutragen. Das Privatquartier wird bei der ständig steigenden Reisefreudigkeit zur Deckung des Spitzenbedarfes in den Sommermonaten immer wichtiger. Außerdem ermöglicht es eine breitere Streuung der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr.

Die Umstellung der Kreditverteilung auf derartige längerfristige und teils soziologisch orientierte Entwicklungsvorhaben erfordert allerdings feinere Selektionsmethoden als bisher; auch wird das Risiko steigen. Diese Erschwernisse könnten jedoch im Interesse der gesamtwirtschaftlich nützlichen Auswirkungen derartiger Investitionen in Kauf genommen werden.

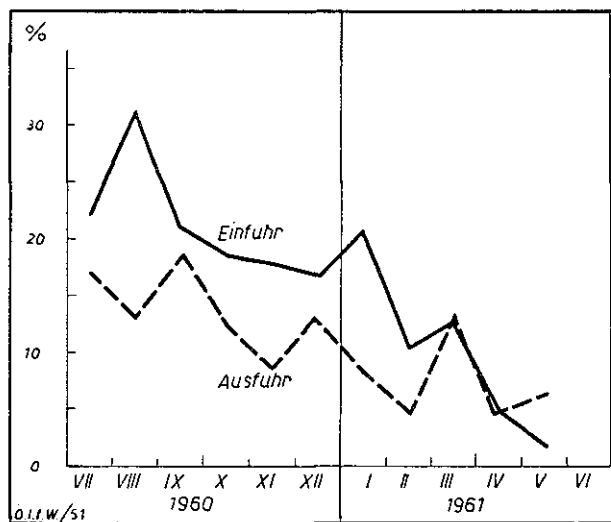
## Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 91 bis 99

Ein- und Ausfuhr nahmen im Mai der Saison entsprechend zu, erreichten jedoch bei weitem nicht die Höchstwerte vom März. Die Einfuhr stieg um 3,7% auf 3.196 Mill. S, die Ausfuhr um 2,4% auf 2.643 Mill. S. Hinter dem Rekordniveau vom März blieb die Einfuhr um 16%, die Ausfuhr um 7% zurück.

Im Vergleich zum Mai des Vorjahres hat sich die Außenhandelsituation merklich gebessert. Bis Februar lagen die Zuwachsraten der Einfuhr (im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat) stets viel höher als jene der Ausfuhr. Im März und April waren die beiden Zuwachsraten ungefähr gleich hoch. Im Mai übertraf die Exportzuwachsrate (+6,2%) zum ersten Male seit vielen Monaten bei weitem die Importzuwachsrate (+1,8%). Der Ein-

**Die Zuwachsraten im Außenhandel**  
(Normaler Maßstab; Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in %)



Die Zuwachsraten im Außenhandel sind im Vergleich zur stürmischen Entwicklung des Vorjahres etwas zurückgegangen. Die Importzuwachsraten sind infolge eines geringeren Nahrungsmittelbedarfes und mäßiger Rohstoffeinkäufe stärker gesunken als die Exportzuwachsraten. Während die Zuwachsraten der Einfuhr im Vorjahr meist weit höher waren als die der Ausfuhr, kam es im März und April zu einer Angleichung der beiden Zuwachsraten. Im Mai war die Exportzuwachsrate zum ersten Male seit vielen Monaten wieder beträchtlich höher als die Importzuwachsrate.

fuhrüberschuß war zwar im Mai mit 553 Mill. S um 51 Mill. S größer als im April, aber zum ersten Male seit April 1960 niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat (Mai 1960: 651 Mill. S).

Die Einfuhr von Nahrungsmitteln ist im Mai neuerlich stark gesunken, um 28 Mill. S auf 297 Mill. S (das letzte Mal war die 300-Mill.-S-Grenze im März 1959 unterschritten worden), und war um 37% niedriger als vor einem Jahr. Seit Jahresbeginn wurden heuer nur 257 300 t Getreide importiert gegen 459 500 t in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Auch die Rohstoffeinfuhr ist trotz der hohen Industrieproduktion relativ gering. Sie übertraf zwar mit 728 Mill. S das niedrige Aprilniveau um 44 Mill. S, war aber nur um 2% und 1% höher als im Mai 1960 und im Durchschnitt des Vorjahres.

Die Einfuhr von Halbfertigwaren und Fertigwaren dagegen ist seit Mai 1960 viel stärker gestiegen, um 8% und um 11%. Im Vergleich zum April wurde vor allem in den folgenden Halb- und Fertigwarengruppen mehr importiert (Zunahmen um 5 Mill. S oder mehr): Leder, Lederwaren und bearbeitete Pelzfelle, Waren aus nichtmetallischen mineralischen Stoffen, Eisen und Stahl, NE-Metalle

### Der Außenhandel im Frühjahr 1961

		Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuß
		Mill. S		
1960	Mai	3.140	2.489	651
1961	März	3.789	2.844	945
	April	3.083	2.581	502
	Mai	3.196	2.643	553
		Mai 1961		
		Prozentveränderung gegen		
1960	Mai	+1,8	+6,2	-15,1
1961	März	-15,7	-7,1	-41,5
	April	+3,7	+2,4	+10,2

und Metallwaren. Der Anteil der Fertigwaren an der Einfuhr ist ständig gestiegen. Im Mai betrug er 48%, gegen 46,5% in den ersten vier Monaten des Jahres und 44% im Durchschnitt 1960. Auch der Einfuhrüberschuß im Fertigwarenhandel, der seit 1958 an die Stelle des früher traditionellen Ausfuhrüberschusses getreten ist, nimmt immer stärker zu. Er stieg von 922 Mill. S im Zeitraum März—Mai 1960 auf 1.142 Mill. S in der gleichen Zeit dieses Jahres.

### Strukturverschiebungen in der Einfuhr

	1960		1961		Mai
	Jänner/ Mai	April	Jänner/ Mai	April	
	in %				
Nahrungs- und Genußmittel	15,3	15	10,8	11	9
Rohstoffe	23,3	22	22,6	22	23
Halbfertige Waren	18,2	18	19,8	19	20
Fertigwaren	43,2	45	46,8	48	48
Insgesamt	100,0	100	100,0	100	100

Die leichte Zunahme der *Ausfuhr* im Mai war vor allem der starken Steigerung der Agrarexporte zu danken, deren Entwicklung von Sondermaßnahmen und Sondereinflüssen abhängt. Der Wert der *Nahrungsmittelausfuhr* schnellte von 113 Mill. S im April auf 175 Mill. S im Mai, die bisher höchste monatliche Exportleistung. Ihr Anteil am Gesamtexport erreichte 7% gegen nur 4,4% in den ersten vier Monaten und im Jahre 1960. Die Mehrausfuhren entfielen vor allem auf Getreide (+33 Mill. S), lebende Tiere (+17 Mill. S) und Molkereierzeugnisse (+8 Mill. S).

### Hohe Nahrungsmittelausporte im Mai

	Ø 1960	Ø I. Qu.	1961	Mai
			April	
Nahrungs- und Genußmittel insgesamt	107,2	105,7	113,0	175,0
davon				
Lebende Tiere	52,6	57,7	69,2	86,2
Fleisch und Fleischwaren	10,3	1,8	0,7	3,6
Molkereierzeugnisse	28,9	25,6	22,9	31,2
Getreide, Molkereierzeugnisse	2,7	5,8	8,9	41,9
Zucker und Zuckerwaren	2,4	2,9	3,0	4,3

Die stärker von der Konjunktur bestimmte sonstige *Ausfuhr* (Rohstoffe und Industriewaren) hat sich von April bis Mai praktisch nicht verändert (April: 2.470 Mill. S, Mai: 2.468 Mill. S). Die *Ausfuhr* von *Halbwaren* nahm etwas zu (+28 Mill. S), die der Fertigwaren und Rohstoffe etwas ab (−21 und −9 Mill. S). Der Rückgang bei den Fertigwaren beschränkt sich auf die Maschinen- und Verkehrsmittelgruppe (−40 Mill. S); vor allem sanken die Exporte von Verkehrsmitteln (−43 Mill. S). Die *Ausfuhr* der sonstigen (vorwiegend konsumorientierten) Fertigwaren nahm um 19 Mill. S zu.

Der leichte Rückgang der *Rohstoffausfuhr* ist eine Folge etwas geringerer Exporte von Spinnstoffen (−8 Mill. S) und Papierzeug (−5 Mill. S). Die Rohstoffgruppe blieb als einzige auch hinter dem Ergebnis von Mai 1960 (um 4%) zurück. Das letzte Mal hatte die Rohstoffausfuhr im Februar 1961 den entsprechenden Vorjahresmonat unterschritten.

### Geringere Rohstoffexporte

	Mai 1960	April 1961	Mai 1961
Rohstoffe insgesamt	582,0	570,0	561,0
davon			
Häute, Felle und Pelzfelle	7,6	11,7	9,3
Holz	364,8	339,2	335,7
Papierzeug	57,4	53,4	48,3
Spinnstoffe	38,6	49,2	41,7
Magnesit	25,9	26,9	24,0

Die *regionale Struktur* der *Einfuhr* hat sich weiter zugunsten Westeuropas verschoben. Der Anteil der OEEC-Staaten an der *Einfuhr* wuchs von 73,8% im April auf den bisher höchsten Anteil von 76,3%. Der Anteil der EFTA stieg von 11,9% auf 13,3%, jener der EWG von 60,0% auf 61,7%. Den Mehreinfuhren aus Westeuropa um 163 Mill. S standen Mindereinfuhren aus den USA (−18 Mill. S) und Osteuropa (−43 Mill. S) gegenüber. Der Rückgang der Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen beeinträchtigte vor allem die Bezüge aus diesen Ländern.

Die *Ausfuhr* in die OEEC-Staaten war im Mai nur um 3 Mill. S höher als im April. Während die Exporte in die EWG um 38 Mill. S zunahmen, sind jene in die EFTA um den gleichen Betrag zurückgegangen. Der Anteil der EFTA-Staaten am Export ist dadurch von 14,9% auf 13,1% gesunken. Die Abnahme konzentrierte sich auf England und Schweden, in die bedeutend weniger ausgeführt wurde als im April. Ihr Exportanteil sank von 7,3% auf 5,0%. Die *Ausfuhr* nach Schweden geht

### Die regionale Verteilung des Außenhandels

		I. Qu.	1961	Mai
			April	
EFTA	E	12,0	11,9	13,3
	A	14,6	14,9	13,1
EWG	E	57,3	60,0	61,7
	A	51,1	51,9	52,1
Osteuropa	E	13,0	10,9	9,2
	A	15,6	15,8	16,9
USA	E	7,7	6,3	5,5
	A	3,5	3,3	3,7
Sonstige Welt <sup>1)</sup>	E	10,0	10,9	10,3
	A	15,2	14,1	14,2

E=Ausfuhr, A=Einfuhr — <sup>1)</sup> Welt ohne Europa und USA

seit Februar ständig zurück; sie war im Mai um 3 Mill S (5%) niedriger als im Mai 1960.

Außer in die EWG, deren Anteil am Export mit 52% gegen die beiden Vormonate unverändert blieb, konnte die Ausfuhr auch in den anderen wichtigen Relationen ausgedehnt werden: in die

USA um 11 Mill S, nach Osteuropa um 40 Mill S. Der Export in die weniger entwickelten Länder (Welt ohne Europa und USA) ist im Mai ebenfalls leicht gestiegen, ihr Exportanteil war mit 14% gleich hoch wie im April aber geringer als vor einem Jahr (16,5%).

---